

## Menschenhandel und Sexsklaverei – Organisierte Kriminalität im Rotlichtmilieu

Zum neuen Buch von Manfred Paulus

von Erika Vögeli

*Rechtsstaatlichkeit, Demokratie, individuelle Freiheitsrechte und die Achtung der Menschenwürde gehören zweifellos zu den wertvollsten Errungenschaften europäischer Geistes- und Rechtsgeschichte, und wir geniessen diese heute in einem Ausmass wie kaum eine Generation zuvor. Nicht selten wännen wir uns in Westeuropa daher als fortschrittlicher und Ländern anderer Weltregionen überlegen. Das neu erschienene Buch von Manfred Paulus, «Menschenhandel und Sexsklaverei – Organisierte Kriminalität im Rotlichtmilieu», setzt dieser Selbsteinschätzung allerdings eine Realität entgegen, in der mitten in unseren Rechtsstaaten Menschen zur Ware gemacht, «die Schwächsten und Hilflosesten einer Gesellschaft verklavt, willkürlich benutzt, ihrer Würde beraubt und in menschenverachtender Weise erniedrigt und zerstört werden» (S. 7).*

Manfred Paulus weiss, wovon er spricht: 30 Jahre nationale und internationale Ermittlungserfahrung im Bereich Menschenhandel und Rotlichtkriminalität, 25 Jahre Präventionsarbeit im Auftrag verschiedener Organisationen in Ost- und Südeuropa haben ihn in sämtliche Niederungen dieser Bereiche geführt und seinen Blick für die Zusammenhänge, für die Mechanismen der Abhängigkeiten und für die Denk- und Vorgehensweisen der verschiedenen Beteiligten geschärft, ihn aber auch gründlich mit der Brutalität des Milieus und dem damit verbundenen Elend vertraut gemacht. Und all seine Erfahrungen und Einsichten haben ihm eines unzweifelhaft vor Augen geführt: Die Entwicklung in einigen westlichen Staaten, auf Grund derer unter Schlagworten wie «Entdiskriminierung» einer «weniger repressiven» Sexualmoral und einer angeblich «offener» gewordenen Gesellschaft eine sogenannte «liberalere» Gesetzgebung entstand, ist ein we-

sentlicher Teil des Problems, sie trägt nichts zum Schutz der Opfer des Sexgeschäfts bei, im Gegenteil.

### Lug, Betrug und nackte Gewalt

Die angebliche Freiwilligkeit der Prostitution verweist Manfred Paulus in den Bereich der Mythen. Alle Beispiele und Erfahrungen, die er schildert, machen einsichtig: Das ist nichts freiwillig. Über 90% der Frauen, die in Deutschland im Milieu arbeiten müssen, sind Ausländerinnen, unter anderem aus Afrika, Südamerika, Südostasien, vor allem aber aus Südosteuropa. «Sie alle haben eines gemeinsam: Sie kommen aus der Armut und viele zudem aus zerrütteten, nicht selten katastrophalen Familienverhältnissen. Sie alle wollen einer bedrückenden Perspektivlosigkeit und oft prekären Lebenssituation entkommen und ein bisschen am Wohlstand und am Glück dieser Welt teilhaben.» (S. 43) Das macht sie anfällig für verlockende Angebote – aber ohne Gewalt, oft brutalste Methoden und Betrug würden sie wohl alle baldmöglichst wieder nach Hause zurückkehren, denn was sie in Deutschland und anderswo erwartet, ist nichts anderes als die Hölle. Die als 12jährige an einen Kinderhändler in Bangkok verkaufte Ben zum Beispiel, der ein Deutscher als Sextourist in Deutschland eine lukrative Stelle in der Gastronomie vorgaukelte und die dort eingesperrt in einem Bretterverschlag Rocker zu «bedienen» hatte. Oder Ioana aus Rumänien – sie wusste natürlich nicht, dass ein Zuhälter ihre schon länger in Deutschland weilende Freundin gezwungen hatte, sie damit anzuwerben, dass man in Deutschland «als Putzfrau» enorm viel Geld verdienen könne. Anstatt ihrem Sohn durch eine solche Stelle ein besseres Leben ermöglichen zu können, wurde sie auf Grund der Prügel ihres Zuhälters zum Pflegefall und verstarb. Galina aus Weissrussland verdiente

zu wenig für ihr Baby und ihre Mutter, so folgte sie dem Angebot eines Landsmannes für eine gut bezahlte Stelle als Altenpflegerin in Polen – statt dessen wurde sie allerdings an den deutschen Boss eines Callgirl-Rings verschachert, gefangen, verklavt, nach Deutschland verschleppt. Zana aus Bulgarien wurde eine tolle Stelle als Kellnerin versprochen, mit der sie für bulgarische Verhältnisse unglaublich viel Geld verdienen könne, und die 17jährige Maja aus ärmlichsten Verhältnissen in Bukarest nahm das Angebot einer Nachbarin, als Gemüsepfückerin in Deutschland zu arbeiten, als die Chance ihres Lebens an – und landete in einer Wohnung im Saarland, von wo man sie nach Prügel und Vergewaltigungen in ein Hinterhofbordell verbrachte und befahl: «Du machst alles, was die Männer von dir wollen.»

Andere werden Opfer eines «Loveboys»: Bei dieser zunehmend häufiger eingesetzten Methode wird Mädchen von jungen Männern Liebe vorgespielt und eine wunderbare, goldene Zukunft versprochen. Systematisch aus dem bisherigen Beziehungsnetz herausgelöst, vermögen sie sich der allmählich zunehmenden Gewalt immer weniger zu entziehen. Schliesslich hat man sie dort, wo man sie haben will: im Bordell. Davor, so dokumentiert das Beispiel einer Studentin der Rechtswissenschaften, sind auch deutsche Mädchen nicht gefeit (S. 22f.).

Anwerbung und Schleusung nennt man diese Vorgänge in der Fachsprache: Anwerbung durch betrügerisches Vorgaukeln falscher Perspektiven, die dann sehr schnell einer brutalen Realität weichen, wenn nämlich in der Phase der Schleusung die Frauen mittels Drohungen und Gewalt, mittels Drogen und Kriminalisierung eingeschüchtert und in ihrem Selbstwertgefühl gebrochen werden, um sie für die «Arbeit», die ihnen bevorsteht, entsprechend «brauchbar» zu machen (Kapitel 4).

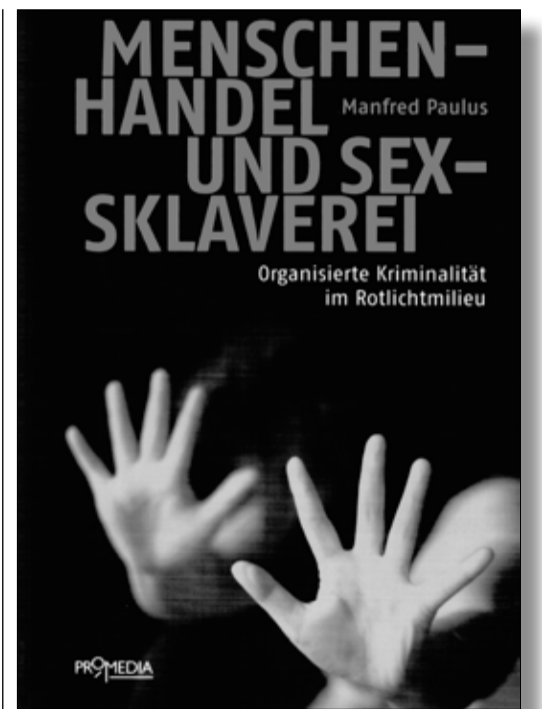
### Der Mythos der Freiwilligkeit ...

Es ist nackte, unsägliche Gewalt, die in diesem Milieu herrscht – und dies auch «in scheinbar über jeden Zweifel erhabenen Nobelbordellen», in denen laut den verantwortlichen Bordellbetreibern «selbstverständlich freiwillig und selbstbestimmt anschaffende Damen» in Wirklichkeit brutal ausgebeutet und ihrer menschlichen Würde beraubt werden.

Manfred Paulus lässt keinen Zweifel: Die Argumentation, wonach Prostitution «freiwillig» sei, ein «Gewerbe» wie jedes andere, dient den Betreibern dieses Sklavenhaltergeschäfts. Sie überlässt die betroffenen Opfer, die Frauen und Kinder einem gewalttätigen Milieu und bereitet nicht zuletzt der in diesem Bereich breit vertretenen Organisierten Kriminalität den Boden. Für diese hat der Menschenhandel gegenüber dem Drogen- oder Waffenhandel einen unvergleichlichen «Vorteil», wie Manfred Paulus bitter anmerkt: «Ein Kilogramm Heroin oder eine Kalaschnikow kann nur einmal verkauft werden, dann muss wieder neu investiert werden. Die «Ware Mensch» kann dagegen über viele Jahre oder gar Jahrzehnte hinweg ausgebeutet werden – und sie wächst ständig nach.» (S. 121)

### ... Wunschargument des Milieus

Überall dort, wo Prostitution zur «freiwillig» ausgeübten «Dienstleistung» und zu einem



ISBN 978-3-85371-467-6

«Die[se] von den Milieubossen behauptete, von der Prostitutionslobby verbreitete und der deutschen Gesetzgebung zugrunde liegende Freiwilligkeit ist ein Mythos. Es wäre viel erreicht, würde eingeräumt werden, dass diese grundlegende Annahme freiwilligen Handelns angesichts der tatsächlichen Gegebenheiten falsch ist und dass sie den Handel mit der «Ware Frau und Kind» und die Sexsklaverei in hohem Masse begünstigt und fördert. Es wäre noch mehr erreicht, wenn erkannt werden würde, dass mit dieser grundsätzlichen Annahme von Freiwilligkeit illegales, Verbrecherisches legalisiert und anhaltend toleriert wird.» (S. 9)



Manfred Paulus  
(Bild zvg)

Manfred Paulus, Erster Kriminalhauptkommissar a. D., geboren 1943, trat 1963 in den Polizeidienst ein und leitete lange Jahre das Dezernat Sexualdelikte bei der Kriminalpolizei Ulm. Entsprechend verfügt er über langjährige Erfahrung

im Bereich der Rotlichtkriminalität, des Frauen- und Kinderhandels und der Pädokriminalität nicht nur in Deutschland, sondern international. Er führte u. a. Ermittlungsverfahren in Thailand wegen Menschenhandels, erforschte im Auftrag der Europäischen Union Ursachen und Bedingungen des Frauenhandels in Weissrussland und folgte den Spuren der Menschenhändler in die Herkunftsländer der verschleppten Frauen und Kinder nach Osteuropa. Seit 2000 lehrt er an unterschiedlichen Polizeihochschulen. Auch im Ruhestand ist er weiter engagiert als Fachbuchautor, Lehrbeauftragter, Referent und international anerkannter Experte in Sachen Menschenhandel und Prostitution, nicht nur in Deutschland, sondern auch in den Rekrutierungsländern Ost- und Südosteu-

ropas. In der Republik Moldau und in Weissrussland führt er Präventionsmassnahmen und Seminare zum Thema Frauenhandel durch und unterstützt die Herkunftsländer in ihren Bemühungen um Aufklärung und Prävention.

### Bücher des Autors:

- gemeinsam mit Adolf Gallwitz: *Grünkram. Die Kinder-Sex-Mafia in Deutschland*, Verlag Deutsche Polizeiliteratur 1998
- *Die Kinder-Sex-Mafia in Deutschland: Täterprofile, Pädophilenszene, Rechtslage*, 1999
- gemeinsam mit Adolf Gallwitz: *Kinderfreunde – Kindermörder: Authentische Kriminalfälle / Fallanalysen / Vorbeugung*, 2002
- gemeinsam mit Adolf Gallwitz: *Frauenhandel und Zwangsprostitution: Tatort Europa*, 2003
- gemeinsam mit Adolf Gallwitz: *Pädokriminalität weltweit: Sexueller Kindermissbrauch, Kinderhandel, Kinderprostitution und Kinderpornographie*, 2009
- *Im Schatten des Rotlichts. Verbrechen hinter glitzernden Fassaden. Auftragsmorde, Sexsklaverei, Zuhälterei, Waffen, Drogen*, 2016
- *Menschenhandel und Sexsklaverei entlang der Donau*, 2018

«gewöhnlichen Gewerbe» erklärt worden ist, die man gerne von Zwangsprostitution und Sexsklaverei unterschieden haben möchte, hat sich das Problem des Menschenhandels mit der Ware Frau und Kind dramatisch verschärft. Entgegen der Argumentation der Befürworter hat sie nichts zum Schutz der betroffenen Frauen, Mädchen und Kinder beigetragen. Sie ist im Gegenteil – auch das kann Manfred Paulus aus reicher Erfahrung darlegen – die Wunschargumentation des Milieus und der Organisierten Kriminalität, sie verschafft ihr den nötigen Spielraum, um ihr Geschäft möglichst ungehindert und unbehindert zu verfolgen. Das, so Manfred Paulus, werfe Fragen auf: «Wie kann es sein, dass sich die deutsche Gesetzgebung [und nicht nur diese] und die zumindest in Teilen von Kriminellen kontrollierten und beherrschten Milieus im Rotlicht und deren Interessenverbände in ihrer Argumentation und Beurteilung der Lage so nahekommen?» (S. 24) Er erwägt verschiedene Aspekte: Wirtschaftliche Interessen angesichts der Tatsache, dass das zu einem Milliardenmarkt angewachsene Geschäft mit dem Sex «fraglos ein Posten im Rahmen des deutschen Bruttoinlandsproduktes (BIP)» geworden sei. Ausserdem gehört es zu den bekannten Praktiken der Milieubetreiber, Prostituierte gezielt dafür einzusetzen, sich einflussreichen, mit Macht aus-

Fortsetzung auf Seite 2

# Spassgesellschaft zur Zeit der Covid-19-Pandemie?

## Da hört der Spass auf!

von Winfried Pogorzelski, Schweiz

*Eine Gesellschaft, die in ihrem Lebensstil hauptsächlich auf persönliches Vergnügen ausgerichtet ist und sich nicht für das Allgemeinwohl interessiert, ist eine Spassgesellschaft. War je eine Gesellschaft, die sich dem Hedonismus hingab, von Bestand? Wohl kaum, das zeigte schon der Untergang des Römischen Reiches. Und was taugt eine Spassgesellschaft zur Zeit einer weltweiten Pandemie wie derjenigen von Covid-19? Natürlich rein gar nichts – mehr noch: Sie ist gefährlich. Und trotzdem feiert sie momentan offenbar fröhliche Urständ!*

Zwar hat man immerhin – wenn auch zähneknirschend – die diesjährige Street Parade, die Zürcher Variante der sogenannten Loveparade – mit bis zu einer Millionen Teilnehmern weltweit die grösste ihrer Art – wohlweislich abgesagt, zum Kummer der Zwinglistadt, der sie zwar 90 Tonnen Abfall hinterlässt, aber auch einen Umsatz von sage und schreibe 100 Millionen Franken. Aber gefeiert werden muss dennoch wieder, so in weiten Kreisen der Bevölkerung die Devise, so bald und so oft wie möglich und anscheinend auch um jeden Preis, auch um den Preis der Volksgesundheit, die ohnehin momentan höchst gefährdet ist.

Das jedenfalls scheint auch die Gesinnung derjenigen Zürcher Partygänger gewesen zu sein, die – kaum durften Clubs und Bars unter gewissen Auflagen wieder geöffnet werden – eben diesen Auflagen trotzen: Sie gaben absichtlich falsche, d. h. erfundene E-Mail-Adressen an; viele hinterliessen überhaupt keine Angaben. Das Desaster stellte sich erst mit zeitlicher Verzögerung heraus, so dass es für Behörden und Club-Betreiber um so schwerer war, angemessen zu reagieren. «So geht es nicht!», liess sich die Gesundheitsdirektorin des Kantons Zürich, *Nathalie Rickli*, verlauten. Und sie fügte an: «Das Virus ist kein Spass, auch nicht für die Spassgesellschaft.» Sie drohte für den Fall eines neuerlichen Superspreading-Vorfalles, d. h. für den Fall, dass – wie in Zürich geschehen – ein Infizierter innerhalb kurzer Zeit mehrere Menschen ansteckt, mit der Schliessung der Clubs. Auch bei Sportveranstaltungen und bei Fluggästen sei es zu Ansteckungen gekommen. Ihr ernüchterndes Fazit: «Unsere Aufrufe, sorgfältig zu sein, sind nicht befolgt worden.» Wenn es so weitergeht, werden auch Fälle von Ansteckungen bei der seit kurzem wieder erlaubten Prostitution gemeldet werden. Zum Glück mangle es – so heisst es – momentan an den entsprechenden «Arbeiterinnen», die in ihre Hei-

matländer gereist seien und momentan keine Möglichkeit hätten, zurückzukommen. Und zu alledem beginnen jetzt auch noch allerorten die Sommerferien ...

Man reibt sich verwundert die Augen: Wie war das doch mit den Abstandsregeln? Mit den Hygiene-Massnahmen wie Händedesinfektion und Mundschutz? Das hatten wir doch alle gerade erst eingeübt, und wir praktizierten es mit der Zuversicht, einen sinnvollen Beitrag zur Erhaltung der Volksgesundheit zu leisten! Ganz offensichtlich sind jetzt aber von Staats wegen Anlässe erlaubt, zu denen die Vorsichtsmassnahmen, die nach wie vor unerlässlich sind, nicht passen, weil sie schlicht und ergreifend nicht eingehalten werden können: Wie soll ein Maskenträger in einer Disco Alkohol konsumieren, tanzen und gleichzeitig noch laut sprechen können?

Wenigstens eine Massnahme, auf die viele hierzulande händeringend warteten und die im Ausland zum Teil schon länger gilt, wurde am 1. Juli vom Bundesrat verkündet: Ab dem 6. Juli ist es Pflicht, als Benutzer des öffentlichen Verkehrs eine Gesichtsmaske zu tragen, neuerdings im Kanton Waadt auch in Geschäften. Die Maskenpflicht im gesamten öffentlichen Raum – wie schon länger bei unserem Nachbarn Deutschland praktiziert –

fordert inzwischen auch die Vereinigung der Schweizer Kantonsärzte. Seit dem 9. Juli dürfen sich in den Nordwestschweizer Kantonen Basel Stadt, Baselland, Aargau und Solothurn in Clubs und Restaurants nur noch maximal 100 Personen gleichzeitig aufhalten.

Und wie war das doch mit der Spassgesellschaft? Sie brachte noch nie ein Gemeinwesen vorwärts, fügte ihm aber auf Dauer Schaden zu, so dass es um seine Existenz bangen musste oder zumindest herbe Rückschläge erlitt. Die derzeitige Variante ist übrigens kein Zufall: Sie wurde bewusst herbeigeführt, getragen von der neoliberalen Verabsolutierung des Genusses, des Konsums zur Freude der Konsumgüter- und Unterhaltungsindustrie. Möglichst viel erleben und geniessen in der begrenzten Lebenszeit ist die Devise der jungen Leute von heute.

Das Ende der Spassgesellschaft wurde schon mehrmals verkündet, ganz prominent u. a. von Buchautor und Journalist *Peter Scholl-Latour* im Anschluss an 9/11. Ich hätte nichts dagegen, wenn wir uns anlässlich der gegenwärtigen Pandemie für immer von ihr verabschieden würden, um uns verstärkt der Förderung des Allgemeinwohls zu widmen, zumal die Zahl der Infizierten bei uns, in unseren Nachbarländern und erst recht weltweit weiter steigt ...

### «Menschenhandel und Sexsklaverei ...» Fortsetzung von Seite 1

gestatteten Männern zu nähern, um sie einzubinden, Abhängigkeiten zu schaffen – die Angst vor peinlichen Enthüllungen trägt dann das ihre bei, um das Schattenreich im Bereich Menschenhandel und Sexsklaverei zu erhalten oder gar zu fördern. Beispielsweise durch eine entsprechende Gesetzgebung.

#### Lobbyarbeit der Organisierten Kriminalität

Die Profiteure des Milliardengeschäftes betreiben auch andere Formen der Lobbyarbeit: Neben sehr erfolgreich tätigen Nichtregierungsorganisationen zum Schutz von Frauen und Kindern schildert Manfred Paulus auch einige seltsame «Hilfsorganisationen» – oft von staatlichen Stellen, der Europäischen Union und selbst einigen Diakonien grosszügig finanziell unterstützt. Gemeinsam ist ihnen die «Freiwilligkeits»-Doktrin, zu der das Gerede von «Sexarbeit ist Arbeit», ein «gewöhnliches Gewerbe» usw. gehört, und die Tatsache, dass sie den hilfessuchenden Frauen wenig bis nichts zum Ausstieg aus der Prostitution an die Hand geben. Statt dessen Tips und Tricks für die «Arbeit», Angebote zum Wiedereinstieg, zur Fortbildung und Professionalisierung – in der Prostitution selbstverständlich.

Am Beispiel von *Amnesty International* und deren 2015 erfolgten Erklärung, inskünftig für die Legalisierung der Prostitution eintreten zu wollen, da deren Einschränkung Menschen diskriminiere, die ein menschliches Bedürfnis nicht «auf traditionellem Weg» erfüllen könnten, zeigt Manfred Paulus, wie gezielt das Milieu vorgeht, um eine entsprechende Gesetzgebung auf den Weg zu bringen. Beitreten und von innen «gnadenlos bearbeiten», lautete die Aufforderung des Lobbyisten, denn: «Amnesty auf unsere Seite zu kriegen, wird unserem Ziel einen riesigen Schub geben.» (S. 180f.)

#### Seelische und gesellschaftliche Schäden

Der Autor stellt auch die Frage nach den individuellen und gesellschaftlichen Schäden dieser ganzen Entwicklung, etwa bei einer «Reise durch die zahlreichen Freier-Foren im Internet», auf denen man «einer oft menschenverachtenden, zutiefst erniedrigenden und verletzenden Sprache» begegnet. «Jeder Versuch, auch nur einen Hauch von Normalität in dem «Beruf» der Prostituierten zu sehen, wird dabei brutal zerstört und zunichte gemacht.» (S. 163) Und er stellt die Frage nach der Wirkung solcher menschenverachtender Beschreibungen auf die Gesellschaft, die Frage nach dem damit vermittelten Frauenbild und der Gemeinschaftlichkeit solcher Vorstellungen.

«Aber eine tatsächliche Eindämmung des Problems Sexsklaverei und Menschenhandel erfordert ein gesellschaftliches Umdenken in den Ländern, die heute auf falsch verstandene Freiheit und Offenheit setzen. Ohne menschliche Moral – und dazu gehört der unbedingte Schutz und die Achtung der Menschenwürde eines jeden – verkommt Freiheit zur Macht des Stärkeren, Frecheren, Unverschämteren.»

Es überrascht nach seinen Ausführungen nicht, dass eine amerikanische Studie feststellt, «dass 68 % der Frauen in der Prostitution eine Belastungsstörung entwickeln, die in ihrer Intensität der von Kriegsveteranen und Folteropfern gleicht». (S. 164)

Schon sein Blick in die Geschichte der Prostitution (Kapitel 2) macht vor allem eines deutlich: Für die betroffenen Frauen bzw. Kinder hat sich im Laufe der Jahrhunderte oder gar Jahrtausende wenig verändert. Man mag die Selbstverständlichkeit und die Offenheit der Gewaltanwendung vor Jahrhunderten als schlimmer veranschlagen – aber Zwang und brutale Gewalt, Erniedrigung, Ausweglosigkeit und Ausgeliefertsein wirken heute wie damals zerstörerisch auf das Leben der Betroffenen.

Selbst die *Domina* – gerne als Modell der freien, selbstbewussten Frau präsentiert – verweist die Vorstellung der «selbstbestimmten» «freiwilligen» Prostituierten ins Reich des Irrealen: ««Wenn eine Frau für sexuelle Handlungen Geld nimmt, ist das immer eine dienende Tätigkeit», klärt eine ehemalige *Domina* auf, «und es gibt drei Gründe, dies zu tun und damit in die Prostitution einzusteigen: Armut, seelische Probleme oder Armut und seelische Probleme.» (S. 165)

#### Schwierigkeiten von Polizei und Justiz

Auch aus reicher Erfahrung schildert der Autor die Schwierigkeiten von Polizeiarbeit und Justiz und nicht zuletzt die Gefährdungen von Demokratie und Rechtsstaat, die aus

dieser gesellschaftlichen Entwicklung resultieren. Der Freiwilligkeitsmythos erweist sich hier als regelrechte Rechtsverhinderungsideologie: Frauen sind nicht mehr Opfer, sondern «Dienstleisterinnen», und «durch diese Legalisierung kann ein polizeiliches Tätigwerden im Milieu erheblich erschwert oder gar verhindert werden.» (S. 136) Angesichts der reichlich in den Gerichtssälen vertretenen Vertreter des Rotlichts trauen sich Frauen kaum zur Polizei – so sie überhaupt die Bewegungsfreiheit dazu hätten. Und von Anfang an wird ihnen mit entsprechenden Methoden das Mafia-Gesetz eingebläut, wonach Verrat mit den drastischsten Strafen bedroht wird. Der schlimmste Verrat im Rotlichtmilieu aber wäre es, sollten Frauen «jemals zu erkennen geben, dass sie nicht freiwillig der Prostitution nachgehen, sondern dazu gezwungen werden». (S. 110) Dass die Arbeit in diesem Umfeld für Polizei und Justiz sehr schwierig und anspruchsvoll ist, lässt sich un schwer nachvollziehen.

Dass das aber nicht zwingend so sein muss, zeigen die Erfahrungen in Ländern, in denen diese ganze Legalisierungswelle nicht Fuss fassen konnte, wie Island, Norwegen, Kanada, Nordirland, Frankreich, Irland und Schweden, das Manfred Paulus ausführlicher darstellt.

#### Erfahrungen mit dem Schwedischen Modell

Auch in Schweden dachte man über eine Änderung der Prostitutionsgesetzgebung nach – allerdings mit anderen Vorzeichen und Kon-

«Die gegenwärtigen Machtverhältnisse in den deutschen Milieus sind nicht nur Hinweis und Beleg dafür, dass längst bestens funktionierende und bewährte Vernetzungsstrukturen bestehen, die von den Roma-Ghettos in Bulgarien, den Armutsgebieten Rumäniens, den Krisen- und Kriegsgebieten in der Ukraine, den albanischen Bergen oder von Chisinau, Belgrad oder Budapest bis in die Rotlichtmilieus von Hamburg, Berlin, Hannover und Ulm reichen. Sie sind auch Hinweis

und Beleg dafür, dass der Menschenhandel und die sexuelle Ausbeutung von Frauen und Kindern in der Prostitution neben den eng damit verbundenen Drogengeschäften zum bedeutendsten und lukrativsten Geschäftsfeld der zu Recht gefürchteten OK geworden sind. Diese, die Rotlichtmilieus als Einfallstore nutzende OK ist gefährlich; ihre Einflussnahme hört an den Grenzen der Milieus nicht auf. Sie versucht weiter in die Gesellschaft einzudringen.» (S. 119f.)

sequenzen: Hier wurde der Sexkauf 1998 kriminalisiert, und die Freier wurden mit Strafe bedroht. «Dieser Gesetzgebung [dem Schwedischen Modell] liegt zugrunde, dass die Prostitution von der schwedischen Gesellschaft grundsätzlich als Männergewalt gegen Frauen und Kinder gesehen wurde.» (S. 145) Zwar befürwortete im Vorfeld der Gesetzgebung nur rund ein Drittel der schwedischen Bevölkerung ein entsprechendes Sexkaufverbot, mittlerweile werde dieses aber von 80 % der Frauen und 60–70 % der Männer positiv bewertet, und Prostitution gelte mittlerweile als inakzeptabel. Obwohl sie auch in Schweden nicht gänzlich zum Verschwinden gebracht werden könne, kommt Manfred Paulus zu einem klaren Schluss: Es «führt kein Weg an Massnahmen vorbei, die dem «Schwedischen Modell» gleichen», wenn den Opfern wirklich geholfen, Menschenhandel wirklich eingeschränkt, die zerstörerischen Folgen für Opfer wie Gesellschaft tatsächlich eingedämmt und die Organisierte Kriminalität in diesem Bereich wirksam gestoppt werden solle. (S. 148)

#### Aufklärung und Hilfestellungen

In die gleiche Richtung weisen auch die Bemühungen zahlreicher Nichtregierungsorganisationen, deren Tätigkeit Manfred Paulus würdigt und unterstützt. Ihre Informations- und Aufklärungsarbeit in den am meisten betroffenen Ländern, oft in ausgesprochen sinnvoller Zusammenarbeit mit Vertretern der Polizei, zeitigt Früchte, genauso wie die polizeilichen und rechtlichen Massnahmen in diesen Ländern.

Aber eine tatsächliche Eindämmung des Problems Sexsklaverei und Menschenhandel erfordert ein gesellschaftliches Umdenken in den Ländern, die heute auf falsch verstandene Freiheit und Offenheit setzen. Ohne menschliche Moral – und dazu gehört der unbedingte Schutz und die Achtung der Menschenwürde eines jeden – verkommt Freiheit zur Macht des Stärkeren, Frecheren, Unverschämteren.

Das Buch ist teilweise harte Kost, aber dringend notwendig, und man empfindet auf jeder Seite das Engagement des Autors, der – längst im Rentenalter – sich auch anderen Dingen zuwenden könnte. Er weiss: Gewalt tolerieren heisst letztlich, sich ihr beugen. Mit allen Konsequenzen. Das Buch ist ein (erneuter) Aufruf an alle, sich des Problems bewusst zu werden und im eigenen Umfeld auf das dringend notwendige Umdenken hinzuwirken – zum Schutz der Opfer, der heranwachsenden Generation, aber auch zum Schutz und Erhalt von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit.

\* Paulus, Manfred. *Menschenhandel und Sexsklaverei. Organisierte Kriminalität im Rotlichtmilieu.* Wien 2020. ISBN 978-3-85371-467-6

# Eskalation zwischen China und Indien

## Friedliche Koexistenz oder atomares Inferno am Himalaja?

von Dr. Matin Baraki\*, Marburg



Matin Baraki  
(Bild Bremerfriedensforum)

Von der Weltöffentlichkeit wegen der Corona-Pandemie unbemerkt, entwickelt sich eine gefährliche Hochspannung am Himalaja. So könnte man die aktuelle Situation zwischen den beiden Atommächten Volksrepublik China und der Republik Indien zusammenfassen. Seit Anfang Mai lassen China und Indien zusätzliche Truppen entlang der gemeinsamen Grenze aufmarschieren. Das Gebiet liegt in 4000 Metern Höhe in Ladakh, das Indien als Teil Kaschmirs ansieht. China besetzte östlich von Ladakh das indische Gebiet und benannte es einfach in «Aksai Chin» um. Der Grenzverlauf, ein Erbe der britischen Kolonialmacht, ist nicht nur hier, sondern an vielen Punkten im Himalaja umstritten. Der von beiden Seiten nollens volens tolerierte Verlauf der Grenze wird als die «Line of Actual Control» (LAC) bezeichnet.

Indien und China haben sich immer wieder gegenseitig vorgeworfen, die jeweils andere Seite durch unzulässige Patrouillen und Übertritte der Grenzlinie zu provozieren. Dort hatten beide Länder schon im Jahre 1962 einen kurzen, aber heftigen Krieg gegeneinander geführt, der zu einer Niederlage Indiens führte. Die Schmach dieses verlorenen Grenzkrieges sitzt tief im kollektiven Gedächtnis der indischen Elite.

Am 5. Mai 2020 gab es am Ufer des Sees Pangong in Ladakh ein Gerangel zwischen chinesischen und indischen Grenzsoldaten, bei dem diese sich mit blossen Fäusten gegenseitig traktierten. Am 25. Mai verschärfen sich die Spannungen zwischen beiden Ländern. Es kam zu einer schweren Prügelei, bei der bis zu 250 Soldaten verletzt worden sind. Es ist die schwerste Grenzkrise seit 2017. Damals standen sich Truppen der Volksrepublik Chinas und Indiens in Doklam, nahe des Königreichs Bhutan, gegenüber. Über 73 Tage hielt diese Konfrontation an, bevor sie durch Chinas Staats- und Parteiführer Xi Jinping und den indischen Premierminister Narendra Modi nach politischen Gesprächen beendet wurde.

Wieder sieht die Lage hochexplosiv aus. Indiens Premier Modi berief am 26. Mai eine Krisensitzung der Generäle und seinen Sicherheitsberater Ajit Doval ein, bei der «Indiens militärische Bereitschaft» das Hauptthema gewesen ist. Die Nachrichtenagentur

PTI stellt fest: «Chinas Strategie, militärischen Druck auf Indien auszuüben, wird nicht funktionieren.» Chinas Staats- und Parteichef Xi Jinping reagierte umgehend. Sein Land werde die Bereitschaft zum bewaffneten Kampf erhöhen. Kurz vor Xis Äusserung hatte der Sprecher des chinesischen Ausserministeriums hervorgehoben, dass China eine «konsistente und klare Haltung» im Grenzkonflikt mit Indien vertrete und es die Pflicht der chinesischen Volksbefreiungsarmee sei, Chinas Territorium und seine nationale Souveränität verteidigen zu wollen. Jetzt wird der Ton rauher. Die chinesische staatliche «Global Times» berichtete von mehreren «illegalen Verteidigungsanlagen» der indischen Seite, von wo aus chinesisches Territorium erreicht werden könne. Daraufhin habe die Volksrepublik China mit Truppenbewegungen begonnen. Für eine mögliche Eskalation trage die indische Republik die alleinige Verantwortung.

Indische Militäranalysten wiesen bereits Mitte Mai auf die Frage des Timings hin. Der pensionierte indische General Ajay Lele sprach von «aggressiv anmutenden Manövern» des chinesischen Militärs am Himalaja, die an das Verhalten der chinesischen Flotte im südchinesischen Meer erinnerten. Die Zeitung «Financial Express» berief sich auf den indischen Sicherheitsexperten Ajay Lele mit den Worten: «Warum geschieht dies jetzt, inmitten der Covid-19-Krise?» Lele hält es für möglich, dass China die Entschlossenheit des indischen Militärs austesten wolle, jetzt, da die Regierung in Delhi so sehr mit dem Corona-Virus beschäftigt ist. Auch der ehemalige indische Diplomat Phunchok Stobdan warnte im «Indian Express» davor, dass China die indischen Streitkräfte weiter nach Westen zurückdrängen wolle, um auf diese Weise näher an den strategisch wichtigen Siachen-Gletscher heranzurücken, auf dem sich indische und pakistanische Truppen gegenüberstehen. Pakistan und die Volksrepublik China sind militärische und strategische Verbündete und versuchen doppelten Druck auf Indien auszuüben.

Die Regierung in Peking wiederum hatte zuvor Kritik am Bau einer indischen Strasse nahe des Sees geübt und ihrerseits die Zahl der Patrouillenboote auf dem Gletschensee verdreifacht. Im Rahmen dieser Projekte sollen bis Ende 2020 immerhin 66 neue Strassen entlang der Grenze gebaut werden, als eine Antwort Indiens auf Chinas zahlrei-



Die zwischen China und Indien umstrittenen Grenzen und Grenzgebiete. (Karte Graphik News/zf)

che Infrastrukturprojekte im Rahmen seiner Initiative «Neue Seidenstrasse». Die Volksrepublik China weitet seit Jahren ihren Einfluss in der Region Südasiens und Südostasiens aus. Unter anderem auch in Gebieten, die Indien lange als seine strategische Interessensphäre betrachtet. In diesen abgelegenen Gebieten werden Indien und die Volksrepublik China durch die 3488 Kilometer lange «Line of Actual Control» (LAC) getrennt.

Da sowohl die chinesische als auch die indische Regierung in den letzten Jahren die nationalistische Karte zu innenpolitischen Zwecken genutzt haben, können sie sich jetzt schwer ohne Gesichtverlust und Anzeichen der Schwäche von der selbst gestellten Falle befreien. Nach indischen Angaben sollen die Chinesen im Galwan-Tal bis zu drei Kilometer auf indisches Territorium vorgerückt sein. Die «India Today» berichtete am 27. Mai über eine Verlegung von 5000 Soldaten der Volksbefreiungsarmee nach Ladakh. Indien werde entsprechend darauf reagieren, wenn China die Zahl seiner Truppen erhöhe. Nach Angaben der Presseagentur Reuters bauen beide Seiten Verteidigungsanlagen in der Region auf. Die chinesische Regierung lässt auch weiteres Material in die Region transportieren. Dies wird als ein Hinweis darauf gedeutet, dass sich die Regierung in Peking auf einen längeren Konflikt mit Indien eingestellt zu haben scheint.

Politische Beobachter in Indien sprechen von einer «noch nie dagewesenen Situation». Am 26. Mai kündigte die Regierung in Peking an, sie werde Anfang Juni mit der Evakuierung der chinesischen Staatsbürger, darunter Studierende, Touristen und Geschäftsleute, aus Indien beginnen.

Strategen vor Ort warnen vor einer weiteren Verschärfung des Konflikts, die mit dem

Tod von 20 indischen Soldaten im Juni an der indisch-chinesischen Grenze eingetreten zu sein scheint.

Den indischen Angaben zufolge gab es auch auf chinesischer Seite Opfer. Die Regierung in Peking bestätigte dies nicht, doch twitterte der Chefredakteur von «Global Times», dass auch Chinesen umgekommen seien. Brahma Chellaney, Experte für strategische Studien am Centre for Policy Research in Delhi, sprach im indischen Fernsehen von einem Wendepunkt der Beziehungen. «Nach diesem Vorfall wird Chinas Verhältnis zu Indien nie mehr so sein wie vorher», sagte er. Das klang düster, denn schon jetzt herrscht in der Tat grosses gegenseitiges Misstrauen. Die Ausserminister beider Atommächte wollen jedoch eine sofortige «Abkühlung» des Konflikts an der Grenze der beiden Länder. Beide Seiten sprachen in einer Telefonkonferenz miteinander. Sie einigten sich, mit den Ereignissen im Galwan-Tal «fair umzugehen» und eine Lösung des Konflikts anzustreben.

Bleibt zu erwähnen, dass die US-Administration seit Jahren versucht, Indien als strategischen Partner gegen die Volksrepublik China zu gewinnen und das Land gegen China zu instrumentalisieren. Schon US-Präsident Bill Clinton hat nicht den engsten und langjährigen US-Verbündeten, die Atommacht Pakistan, sondern Indien als alleinige Atommacht in Südasiens anerkannt. Die Regierung in Peking warnt die indische Regierung, sich im China-USA-Streit in Taiwan und im Hongkong-Streit von der Trump-Administration instrumentalisieren zu lassen. Es ist zu hoffen, dass die politische und militärische Elite Indiens selbstbewusst und klug genug ist, um von den USA nicht zum blossen Gehilfen degradiert zu werden.

# Gibt die Corona-Pandemie der Weltwirtschaft ein neues Gesicht?

## Mehr Vertrauen ins eigene Land

km. Anfang Juli veröffentlichte der Deutsche Industrie- und Handelskammertag DIHK eine Umfrage bei 3300 weltweit vertretenen Mitgliedsunternehmen der Deutschen Auslandshandelskammern, Delegationen und Repräsentanzen (AHKs).<sup>1</sup> Der 16 Seiten umfassende Bericht hat den Titel «AHK World Business Outlook. Sonderumfrage zu den Covid-19-Auswirkungen» und soll den Meinungsstand der befragten Unternehmen zu den wirtschaftlichen Auswirkungen der Corona-Pandemie im Sommer 2020 erfassen. Bei den Befragten handelt es sich um Niederlassungen und Tochtergesellschaften deutscher Unternehmen sowie Unternehmen mit engem Deutschlandbezug. 48 % der antwortenden Unternehmen stammen aus dem Bereich Industrie und Baugewerbe, 34 % aus dem Dienstleistungs- und Gesundheitssektor und weitere 18 % sind Handels- und Logistikunternehmen. Kleinere Unternehmen mit

weltweit weniger als 100 Mitarbeitern machen fast 50 % der Antwortenden aus. 24 % der Unternehmen beschäftigen 100 bis 1000 Mitarbeiter. Grosse Unternehmen mit mehr als 1000 Mitarbeitern haben einen Anteil von 26 % der Befragten.

Die Umfrageergebnisse zeigen, dass die wirtschaftlichen Folgen der Corona-Pandemie als sehr gross betrachtet werden. Das Ausmass der Krise wird als «gewaltig» empfunden: «59 % sehen eine geringere Nachfrage nach ihren Produkten und Dienstleistungen. 83 % der Unternehmen erwarten Umsatzeinbrüche, 15 % sogar mindestens eine Halbierung ihres Umsatzes.» Die Krise verändert auch die Geschäftspolitik: «56 % wollen weniger investieren, 43 % bauen Personal ab. 38 % der Unternehmen suchen nach neuen Lieferanten.» Die Befragten gehen davon aus, dass die Krise nicht schnell überwunden werden kann: «93 % gehen von einer

konjunkturellen Erholung erst im Jahr 2021 oder sogar darüber hinaus aus.»

Produktionsausfälle und Lieferschwierigkeiten sind in fast allen Weltregionen zu verzeichnen. Von den 38 % der deutschen Unternehmen im Ausland, die vermehrt nach neuen Lieferanten suchen, tun dies mehr als 60 % vor allem bei lokalen Zulieferern im jeweiligen Land. 37 % der genannten 38 % suchen nach neuen Lieferanten in der Europäischen Union und 31 % im Mutterland Deutschland.<sup>2</sup>

Dies, so die Studie, «betrifft vor allem kleinere Unternehmen, die im Vergleich zu Grossbetrieben noch verstärkter nach neuen Lieferanten suchen und sich dann auch vermehrt in Richtung Europa orientieren». Welche Folgen sind zu erwarten? «Ein Ergebnis der Corona-Krise könnte sein, dass Unternehmen bei der Suche nach Lieferanten vermehrt auf Ausfallrisiken schauen, um auch in Krisenzeiten beziehungsweise im Fall einer

Pandemie ihre notwendigen Vorprodukte und Waren zu erhalten.» Vor allem für Unternehmen im Einzelhandel und im Baugewerbe sind neue Lieferanten notwendig – rund jedes zweite Unternehmen ist auf der Suche danach. Auch in der Industrie ist der Bedarf nach neuen Lieferanten gross: 40 % aller Industrieunternehmen planen Änderungen in der Lieferkette.

21 % der Unternehmen denken sogar an eine Rückverlagerung von zuvor ausgelagerten Aktivitäten in die Europäische Union, und ins Mutterland Deutschland planen fast 20 % der antwortenden Unternehmen zurückzukehren.

<sup>1</sup> <https://www.dihk.de/resource/blob/25672/1a0e73/54855aa46f3fccceb34f9eff30/ahk-world-business-outlook-2020-corona-sonderbefragung-data.pdf>

<sup>2</sup> Die Prozentzahlen ergeben mehr als 100, weil Mehrfachnennungen möglich waren.

75 Jahre nach dem 8./9. Mai 1945

# Auch diese Stimme sollte gehört werden

## Der russische Präsident Wladimir Putin hat sich erneut zur Geschichte des Zweiten Weltkrieges geäußert

von Karl-Jürgen Müller

«Putin macht den Stalin» – diese scharfe Polemik in der «Neuen Zürcher Zeitung» vom 2. Juli 2020 gegen einen umfangreichen aktuellen Beitrag des russischen Präsidenten *Wladimir Putin* zur Geschichte und Gegenwartsbedeutung des Zweiten Weltkrieges ist ein Anlass, den Beitrag des russischen Präsidenten gründlich zu lesen. Dieser Beitrag erschien am 18. Juni 2020 in der US-amerikanischen Zeitschrift *The National Interest* in englischer Sprache,<sup>1</sup> am 19. Juni 2020 ebenso auf der Internetseite des russischen Präsidenten,<sup>2</sup> nachdem er am selben Tag auch im russischen Original veröffentlicht worden war.<sup>3</sup> Die Botschaft der Russischen Föderation in Berlin veröffentlichte den Text am 19. Juni in deutscher Übersetzung.<sup>4</sup>

*The National Interest* wählte die Überschrift «Vladimir Putin: The real lessons of the 75<sup>th</sup> anniversary of World War II», auf der Internetseite des russischen Präsidenten ist zu lesen: «75<sup>th</sup> anniversary of the Great Victory: Shared responsibility to history and our future», die offizielle deutsche Übersetzung ist mit «75. Jahrestag des Grossen Sieges: Gemeinsame Verantwortung vor Geschichte und Zukunft» überschrieben.

Hier können nicht alle Informationen und die gesamte Argumentation des Textes wiedergegeben werden, aber die Lektüre des Gesamttextes ist sehr zu empfehlen.

### Was die Menschen in Russland bewegt hat und bewegt

In einem ersten Teil geht der russische Präsident auf die Frage ein, was der Zweite Weltkrieg und der Sieg der Roten Armee über die deutsche Wehrmacht und ihre Verbündeten für die Sowjetunion, vor allem aber für die im Land lebenden Menschen bedeutet hat. Er bezieht dabei die Geschichte der eigenen Familie mit ein, die wie alle Bewohner der Stadt unter der Blockade Lenins, des heutigen St. Petersburg, gelitten hat und deren Andenken der russische Präsident sehr pflegt. Er geht aber auch auf die Frage ein, was ganz wesentlich dafür war, dass die Menschen in der Sowjetunion dem Angriff auf ihr Land widerstehen konnten: Die Liebe zur Heimat, zum Vaterland habe alle vereint. Es liege «im Charakter der Völker Russlands, ihre Pflicht zu erfüllen und sich selbst nicht zu schonen, wenn die Umstände dies erfordern». Wladimir Putin fügt hinzu: «Selbstlosigkeit, Patriotismus, Liebe zur Heimat, zur Familie, zum Vaterland – diese Werte sind auch heute für die russische Gesellschaft fundamental.» Der erste Teil des Beitrags endet mit einer Erklärung: «Unsere Verantwortung gegenüber der Vergangenheit und Zukunft liegt darin, alles zu tun, um eine Wiederholung der schrecklichen Tragödien zu verhindern.» Deshalb, so Putin, habe er es für seine «Pflicht gehalten, mit diesem Artikel über den Zweiten Weltkrieg und den Grossen Vaterländischen Krieg aufzutreten».

### Geschichtserzählungen, Geschichtspolitik und Geschichtswissenschaft

Ausgangspunkt des zweiten, geschichtlichen Teils des Beitrags ist die Kritik an der Rolle der Sowjetunion beim Angriff Deutschlands auf Polen am 1. September 1939, die im September 2019 so weit ging, dass das Europäische Parlament eine Resolution angenommen hat, mit der die Sowjetunion genauso wie das nationalsozialistische Deutschland für den Ausbruch des Krieges verantwortlich gemacht wurde und wonach der Nichtangriffspakt zwischen beiden Ländern vom 23./24. August 1939 ausschlaggebend für den Kriegsausbruch gewesen sei.<sup>5</sup>

Der russische Präsident widerspricht diesem Urteil mit ausführlichen Darlegungen zur damaligen Entwicklung. Er sieht «die Notwendigkeit, die Analyse der Ursachen, die zum Weltkrieg geführt hatten, die Überlegungen über seine komplizierten Ereignisse, Tragödien und Siege, über seine Lehren – für unser Land und die ganze Welt – fortzusetzen». Er betont, er halte es für «grundsätzlich

wichtig, sich nur auf Archivakten, Zeugnisse von Zeitgenossen zu verlassen, und jegliche ideologischen und politisierten Spekulationen auszuschliessen».

### Der Versailler Vertrag und der Aufstieg der Nationalsozialisten

«Die eigentlichen Ursachen des Zweiten Weltkrieges», so Putin, «ergeben sich in vielerlei Hinsicht aus den Entscheidungen, die zu den Ergebnissen des Ersten Weltkrieges getroffen wurden. Der Vertrag von Versailles wurde für Deutschland zu einem Symbol tiefer Ungerechtigkeit.» Putin schreibt, die Siegermächten des Ersten Weltkrieges sei es «um das Ausrauben des Landes» mittels «riesige[r] Reparationen» gegangen, und er zitiert den französischen Marschall *Foch* mit dessen Urteil über den Versailler Vertrag: «Das ist kein Frieden, das ist ein Waffenstillstand für zwanzig Jahre.» Die «nationale Demütigung Deutschlands» habe «den Nährboden für radikale und revanchistische Stimmungen in Deutschland» gebildet, und die «Nazis spielten geschickt mit diesen Gefühlen, bauten ihre Propaganda darauf auf und versprochen, Deutschland vom «Erbe von Versailles» zu befreien und seine ehemalige Stärke wiederherzustellen». Die Nazis, so Putin, «drängten das deutsche Volk eigentlich zu einem neuen Krieg».

### Die Politik der Siegermächte des Ersten Weltkrieges

Putin fügt hinzu: «Paradoxerweise trugen westliche Staaten, vor allem Grossbritannien und die USA, direkt oder indirekt dazu bei. Ihre Finanz- und Industriekreise investierten durchaus aktiv in deutsche Fabriken und Werke, die Rüstungserzeugnisse produzierten.» «Auch unter der Aristokratie und dem politischen Establishment» habe es «viele Anhänger radikaler, rechtsextremer, nationalistischer Bewegungen» gegeben.

Der Versailler Vertrag habe die Karte Europas mit «willkürlich gestalteten Grenzen der neuen europäischen Staaten» umgestaltet. «Fast sofort nach ihrem Erscheinen auf der Karte begannen Gebietsstreitigkeiten und gegenseitige Ansprüche, die sich in Zeitminuten verwandelten.» Putin problematisiert auch den Völkerbund, der kaum etwas zum Frieden beigetragen und zum «Münchener Abkommen» vom September 1938 sogar seine Zustimmung gegeben habe.

### Das «Münchener Abkommen»

Auf dieses «Münchener Abkommen» geht Putin ausführlich ein. Das Abkommen, das von den Regierungsvertretern Deutschlands, Italiens, Grossbritanniens und Frankreichs in München geschlossen wurde, trennte die Gebiete der deutschsprachigen Sudeten von der 1918 gegründeten Tschechoslowakei ab und sprach sie dem nationalsozialistischen Deutschland zu. Die Regierung der Tschechoslowakei hatte dabei kein Mitspracherecht. Die damalige polnische Regierung wirkte im Hintergrund bei diesem Abkommen mit, beanspruchte sie doch ebenfalls Gebiete der Tschechoslowakei. Putin legt mit einer Reihe von Belegen dar, wie eng der deutsch-polnische Schulterschluss in dieser Frage war. Und nicht nur für Polen, sondern auch für Grossbritannien und Frankreich sei das «Münchener Abkommen» eben kein Beitrag für den Frieden in Europa und der Welt gewesen, sondern ein ganz wichtiger Mosaikstein dafür, die Aggressivität des nationalsozialistischen Deutschlands in Richtung Sowjetunion zu lenken. So schreibt er: «Gerade das Münchener Abkommen diente als Auslöser, durch den ein grosser Krieg in Europa unvermeidlich wurde.» Und: «Grossbritannien und Frankreich, das damals der wichtigste Verbündete der Tschechen und Slowaken war, entschieden sich dafür, auf ihre Garantien zu verzichten und dieses osteuropäische Land dem Zerreißen preiszugeben. Nicht nur preiszugeben, sondern die Bestrebungen der Nazis in den Osten zu lenken, mit dem Ziel, dass Deutschland und die

Sowjetunion unvermeidlich aufeinanderstossen und einander ausbluten könnten.» Allein die sowjetische Regierung habe sich damals bemüht, ein europäisches Bündnis gegen das nationalsozialistische Deutschland zustande zu bringen und den Bestand der Tschechoslowakei zu sichern. Vergeblich. Mehr noch: «Das Münchener Abkommen zeigte der Sowjetunion, dass die westlichen Länder Sicherheitsfragen ohne Rücksicht auf ihre Interessen lösen und bei passender Gelegenheit eine antisowjetische Front bilden könnten.» Aber auch noch nach dem «Münchener Abkommen» habe die Regierung der Sowjetunion versucht, bis in den August 1939 hinein, ein europäisches Bündnis gegen Deutschland zu schmieden. Auch das war vergeblich.

### Der deutsch-sowjetische Nichtangriffspakt vom 23./24. August 1939

Erst dann habe die Regierung der Sowjetunion die Entscheidung getroffen, einen Vertrag mit Deutschland zu schliessen. Putin schreibt: «In der entstandenen Situation unterzeichnete die Sowjetunion den Nichtangriffspakt mit Deutschland und tat dies faktisch als letztes der europäischen Länder, und dies vor dem Hintergrund der realen Gefahr, mit einem Zweifrontenkrieg konfrontiert zu werden – mit Deutschland im Westen und mit Japan im Osten, wo bereits intensive Kämpfe am Fluss Chalcha stattfanden.»

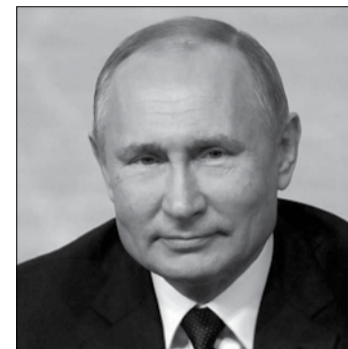
Putin antwortet auch auf die Frage, wie das «Geheime Zusatzprotokoll» zum Nichtangriffspakt über die Aufteilung der Einflussphären zwischen Deutschland und der Sowjetunion zu beurteilen ist. Er begründet die damalige sowjetische Position und Politik recht genau, verweist aber auch auf eine Verordnung des Obersten Sowjets vom 24. Dezember 1989, durch die die Geheimprotokolle als «Akt der persönlichen Macht» offiziell verurteilt wurden. Diese Geheimprotokolle, so hiess es 1989, würden «in keiner Weise den Willen des sowjetischen Volkes, das nicht für diese Absprache verantwortlich ist, widerspiegeln».

### Der deutsch-polnische Krieg 1939

Putin geht ausführlich auf die Vorgeschichte und den Verlauf des deutsch-polnischen Krieges und das Verhalten der Sowjetunion dabei ein. Er zeigt zum Beispiel auf, dass die Sowjetunion lange zögerte, in Polen einzumarschieren, und auch darauf verzichtete, die mit Deutschland im Geheimprotokoll vereinbarte neue Grenze zu ziehen, sondern sich auf ein Gebiet weiter östlich beschränkte, das vor dem Angriffskrieg Polens gegen die Sowjetunion in den zwanziger Jahren zur Sowjetunion gehört hatte und von Polen erobert und besetzt worden war. Die sowjetische Regierung habe sich im September 1939 zum Angriff auf Polen erst entschlossen, als die Niederlage Polens offensichtlich und die polnische Regierung ins Ausland geflüchtet war sowie Deutschland ganz Polen zu besetzen drohte.

### Putins historisches Fazit

Noch einmal: Hier können nicht alle Informationen und Argumente des Textes wiedergegeben werden. Aber das historische Fazit des russischen Präsidenten soll zitiert werden: «Der Zweite Weltkrieg brach nicht von heute auf morgen aus, er begann nicht unerwartet, nicht plötzlich. Und die deutsche Aggression gegen Polen kam auch nicht unerwartet. Es ist das Ergebnis vieler Tendenzen und Faktoren in der Weltpolitik jener Zeit. Alle Vorkriegsereignisse reichten sich zu einer schicksalhaften Kette. Aber das Wichtigste, was die grösste Tragödie in der Geschichte der Menschheit vorbestimmte, war natürlich der staatliche Egoismus, die Feigheit, die Nachsicht gegenüber einem Aggressor, der an Stärke gewann, und die Nichtbereitschaft der politischen Eliten, einen Kompromiss zu suchen. Aus diesem Grund ist es ungerecht zu behaupten, dass der zweitägige Besuch des Reichsaussenministers *Joachim von Ribbentrop* in Moskau [im August 1939] ausschlag-



Der Präsident der Russischen Föderation Wladimir Putin.  
(Bild <https://russischebotschaft.ru/de/>)

gebend für den Beginn des Zweiten Weltkrieges war. Alle führenden Länder tragen dafür gewissermassen die Verantwortung. Jedes von ihnen hat folgenschwere Fehler begangen, in dem selbstsicheren Glauben, die anderen überlisten zu können, einseitige Vorteile zu haben oder sich aus der anbahnenden Weltkatastrophe heraushalten zu können.»

Und er ergänzt: «Ich schreibe das ohne die geringste Absicht, die Rolle eines Richters zu übernehmen, jemanden zu beschuldigen oder zu rechtfertigen oder gar eine neue Runde der internationalen Informationskonfrontation im historischen Bereich loszutreten, die Staaten und Völker gegeneinander aufbringen kann. Ich bin der Meinung, dass die Suche nach ausgewogenen Bewertungen vergangener Ereignisse der akademischen Wissenschaft mit einer breiten Vertretung namhafter Forscher überlassen werden sollte. Wir alle brauchen Wahrheit und Objektivität. Ich persönlich habe meine Kollegen immer zu einem ruhigen, offenen und vertrauensvollen Dialog aufgefordert, zu einem selbstkritischen und unvoreingenommenen Blick auf die gemeinsame Vergangenheit. Ein solcher Ansatz wird es uns ermöglichen, die damals begangenen Fehler nicht mehr zu wiederholen und eine friedliche und erfolgreiche Entwicklung für viele kommende Jahre sicherzustellen.»

### Wie weiter in der Weltgemeinschaft?

Ein ganz wichtiger Weg, um dies zu erreichen – und damit sind wir beim dritten Teil des Beitrags –, ist für den russischen Präsidenten die Verpflichtung, die internationale Ordnung nach dem Ende des Krieges, so wie sie in der Charta der Vereinten Nationen völkerrechtlich und institutionell festgeschrieben wurde, zu erhalten. Putin lehnt es ab, die Konstruktion des Sicherheitsrates in Frage zu stellen. Er betont die grosse Bedeutung des

Fortsetzung auf Seite 5

## Zeit-Fragen

Zeitung für freie Meinungsbildung,  
Ethik und Verantwortung  
für die Bekräftigung und Einhaltung  
des Völkerrechts, der Menschenrechte  
und des Humanitären Völkerrechts

Herausgeber: Genossenschaft Zeit-Fragen

Chefredaktion: Erika Vögeli

Redaktion und Inserate:

Zeit-Fragen, Postfach

CH-8044 Zürich

E-Mail: [redaktion@zeit-fragen.ch](mailto:redaktion@zeit-fragen.ch)[abo@zeit-fragen.ch](mailto:abo@zeit-fragen.ch)Internet: [www.zeit-fragen.ch](http://www.zeit-fragen.ch)

Druck: Druckerei Nüssli, Mellingen AG

Jahresabonnement: Fr. 168.–/ Euro 108.–

Das Abonnement verlängert sich automatisch um ein Jahr, wenn vor Ablauf keine Kündigung erfolgt.

CH: Postcheck-Konto Nr. 87-644472-4

D: VR Bank Tübingen eG, BIC GENODES1STW

IBAN DE18 6406 1854 0067 5170 05

A: Raiffeisen Landesbank, BIC RRVGAT2B

IBAN AT55 3700 0001 0571 3599

Die Redaktion freut sich über Zuschriften von Lesern. Sie behält sich aber vor, gegebenenfalls Texte zu kürzen.

© 2020 für alle Texte und Bilder bei der Genossenschaft Zeit-Fragen. Abdruck von Bildern, ganzen Texten oder grösseren Auszügen nur mit Erlaubnis des Verlages oder der Redaktion, von Auszügen oder Zitaten nur mit ausdrücklicher Kennzeichnung der Quelle Zeit-Fragen, Zürich.

# Sicherheitsrat unterstreicht Unterstützung für den Aufruf des Generalsekretärs zu einem weltweiten Waffenstillstand im Kampf gegen Covid-19

## Einstimmige Verabschiedung der Resolution 2532 (2020)

Pressemitteilung des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen vom 1. Juli 2020 (SC/14238)

In einer Videokonferenzsitzung\* gab der Sicherheitsrat am 1. Juli seine Entscheidung bekannt, eine Resolution zu verabschieden, in der er seine Unterstützung für den Aufruf des Generalsekretärs zu einem globalen Waffenstillstand zum Ausdruck brachte, den er im März veröffentlicht hatte, um die Bemühungen zur Bekämpfung von Covid-19 in den am stärksten betroffenen Ländern zu vereinen.

Mit der einstimmigen Verabschiedung der Resolution 2532 (2020) forderte der Rat eine allgemeine und sofortige Einstellung der Kriegshandlungen in allen auf seiner Tagesordnung stehenden Situationen und unterstützt die diesbezüglichen Bemühungen des Generalsekretärs und seiner Sonderbeauftragten und Sondergesandten.

Das 15köpfige Organ rief alle an bewaffneten Konflikten beteiligten Parteien dazu auf, unverzüglich eine dauerhafte Pause aus humanitären Gründen von mindestens 90 aufeinanderfolgenden Tagen einzulegen, um die sichere, ungehinderte und dauerhafte Bereitstellung humanitärer Hilfe und

die Erbringung damit zusammenhängender Dienste durch unparteiische humanitäre Akteure im Einklang mit den humanitären Grundsätzen der Menschlichkeit, Neutralität, Unparteilichkeit und Unabhängigkeit zu ermöglichen. Die Pause würde auch medizinische Evakuierungen im Rahmen des Völkerrechts, einschliesslich des Humanitären Völkerrechts und gegebenenfalls des Flüchtlingsrechts, ermöglichen.

Der Rat hat allerdings bekräftigt, dass die allgemeine und sofortige Einstellung der Feindseligkeiten und die Pause aus humanitären Gründen nicht für militärische Operationen gegen den *Islamischen Staat im Irak und in der Levante (ISIL/Da'esh)*, gegen *al-Kaida* und die *al-Nusra-Front* sowie gegen alle anderen Personen, Gruppen, Unternehmen und Einrichtungen, die mit al-Kaida oder ISIL und anderen vom Rat benannten terroristischen Gruppen in Verbindung stehen, gilt.

Der Rat ersuchte den Generalsekretär, dazu beizutragen, dass alle relevanten Teile des Systems der Vereinten Nationen, ein-

schliesslich der Länderteams, ihre Massnahmen zur Bekämpfung der Covid-19-Pandemie beschleunigen, wobei der Schwerpunkt auf den bedürftigen Ländern liegen sollte, einschliesslich der Länder, die sich in einem bewaffneten Konflikt befinden oder von humanitären Krisen betroffen sind.

Das 15köpfige Gremium ersuchte den Generalsekretär auch um aktuelle Informationen über die Bemühungen der Vereinten Nationen zur Bekämpfung des Coronavirus in Ländern, die sich in einer bewaffneten Konfliktsituation befinden oder von humanitären Krisen betroffen sind, sowie über die Auswirkungen von Covid-19 auf die Möglichkeiten von friedenserhaltenden Einsätzen und politischen Sondermissionen, die ihnen übertragenen vorrangigen Aufgaben zu erfüllen.

Darüber hinaus ersuchte er den Generalsekretär, die friedenserhaltenden Missionen so anzuweisen, dass sie im Rahmen ihrer Mandate und Kapazitäten die Behörden des Gastlandes bei ihren Bemühungen um die Eindämmung der Pandemie unterstützen.

Der Rat erkannte auch die entscheidende Rolle an, die Frauen bei den Bemühungen zur Bekämpfung von Covid-19 spielen, sowie die unverhältnismässig negativen Auswirkungen der Pandemie, insbesondere die sozioökonomischen Auswirkungen, auf Frauen und Mädchen, Kinder, Flüchtlinge, Binnenvertriebene, ältere Menschen und Menschen mit Behinderungen. Er forderte konkrete Massnahmen, um diese Auswirkungen zu minimieren und die volle, gleichberechtigte und sinnvolle Beteiligung von Frauen und Jugendlichen an der Entwicklung und Umsetzung einer angemessenen und nachhaltigen Reaktion auf die Pandemie zu gewährleisten. •

\* Die Resolutionen des Sicherheitsrates werden derzeit im schriftlichen Verfahren im Rahmen von befristeten, ausserordentlichen und provisorischen Massnahmen angenommen, die als Reaktion auf die Covid-19-Pandemie ergriffen wurden, wie in einem Schreiben (Dokument S/2020/253) seines Präsidenten für März (China) dargelegt wurde.

Quelle: [www.un.org](http://www.un.org)  
(Übersetzung Zeit-Fragen)

### «Auch diese Stimme sollte ...»

Fortsetzung von Seite 4

Vetorechtes der fünf Siegermächte für die Vermeidung eines erneuten grossen, eines erneuten Weltkrieges. «Die Siegermächte», so Putin, «haben uns ein System hinterlassen, das zum Inbegriff der intellektuellen und politischen Suche mehrerer Jahrhunderte geworden ist.» Und: «Was ist das Vetorecht im UN-Sicherheitsrat? Um es ganz klar auszudrücken: Das ist die einzig vernünftige Alternative zu einem direkten Zusammenstoss der grössten Länder. Das ist eine Erklärung einer der fünf Grossmächte, dass die eine oder andere Lösung für sie nicht akzeptabel ist, dass sie ihren Interessen und Vorstellungen über die richtige Vorgehensweise widerspricht. Und andere Länder fassen – auch wenn sie damit nicht einverstanden sind – diese Position als selbstverständlich auf und geben die Versuche auf, ihre einseitigen Bestrebungen zu verwirklichen. Das heisst, auf die eine oder andere Weise, aber es müssen Kompromisse gesucht werden. [...] Die Aufrufe, die in den letzten Jahren häufig zu hören sind, das Veto aufzuheben und den ständigen Mitgliedern des Sicherheitsrates besondere Möglichkeiten zu entziehen, sind in der Tat unverantwortlich. Wenn dies geschehen würde, würden sich die Vereinten Nationen im wesentlichen in ebenjenen Völkerbund verwandeln – ein Treffen für leere Gespräche, ohne Einflusshebel für die Weltprozesse.»

### Die Verantwortung der Siegermächte für die Welt von morgen

Putins Fazit für Gegenwart und Zukunft: «Heute erlebt die Welt nicht die friedlich-

sten Zeiten. Alles ändert sich: vom globalen Gleichgewicht zwischen Macht und Einfluss bis zu den sozialen, wirtschaftlichen und technologischen Grundlagen des Lebens von Gesellschaften, Staaten und ganzen Kontinenten. In den vergangenen Epochen gingen Verschiebungen dieser Grössenordnung fast nie ohne grosse militärische Konflikte und ohne Machtkampf um den Aufbau einer neuen globalen Hierarchie vonstatten. Dank der Weisheit und Weitsicht der politischen Führer der alliierten Mächte konnte ein System geschaffen werden, das extreme Manifestationen dieser Rivalität verhindert, welche historisch der globalen Entwicklung innewohnt.»

Der russische Präsident schlägt ein Gipfeltreffen der fünf Veto- und Atomkräfte vor. Es sei «ratsam, Schritte zur Entwicklung kollektiver Prinzipien in der Weltpolitik zu erörtern sowie offen über die Friedenssicherung, Stärkung der globalen und regionalen Sicherheit, die strategische Rüstungskontrolle, gemeinsame Anstrengungen zur Bekämpfung von Terrorismus, Extremismus und andere dringende Herausforderungen und Bedrohungen zu sprechen».

\*\*\*

«*Putin macht den Stalin*» ist, wie oben zitiert, eine der Reaktionen in unseren Ländern auf den Beitrag des russischen Präsidenten. Im *Mainstream der westlichen Medien ist das keine Ausnahme. Dem Anliegen Wladimir Putins wird man so nicht gerecht. Es ist wohl nicht einfach, über Jahrzehnte vertretene Positionen im Kalten Krieg und polit-strategisch erzeugte Geschichtserzählungen aufzugeben – insbesondere innerhalb einer Politik eines*

*neuen Kalten Krieges. Wenn Konfrontation und mehr Spannungen das Ziel sind, ist das auch kaum zu erhoffen. Aber wenn der Frieden das Ziel ist, stören solche Unterstellungen. Sie stören den Dialog, der dringend notwendig ist. Warum wird nicht zitiert, was im Text steht? Zum Beispiel die differenzierende Aussage: «Stalin und sein Umfeld verdienen viele gerechte Vorwürfe. Wir erinnern uns an die Verbrechen des Regimes gegen das eigene Volk und an die entsetzlichen Massenrepressionen. Ich wiederhole, man kann den sowjetischen Führern vieles vorwerfen, aber nicht das, dass es ihnen an Verständnis für den Charakter der äusseren Bedrohungen [vor und bei Beginn des Weltkrieges] mangelte.» Oder: «Die brutalen Risse, die durch die Revolution und den Bürgerkrieg entstanden waren, sowie der Nihilismus, die spöttische Haltung gegenüber der nationalen Geschichte, den Traditionen und dem Glauben – all dies, was die Bolschewiki durchzusetzen versuchten – machte sich besonders in den ersten Jahren nach ihrer Machtübernahme bemerkbar.»*

*Der russische Präsident setzt nicht auf irgendwelche «Führer», sondern auf die Menschen im Land. So folgen dem obigen Zitat diese drei Sätze: «Aber die allgemeine Haltung der sowjetischen Bürger und unserer*

*Landsleute, die sich im Ausland befanden, war eine andere – es ging ihnen um die Rettung und Bewahrung ihrer Heimat. Es war ein echter, unaufhaltsamer Impuls. Die Menschen versuchten, in wahren patriotischen Werten ihre Stütze zu finden.»*

*Ist es auch das, was am russischen Präsidenten so «stört»? Warum es in unseren Medien praktisch keine sachgemässe Berichterstattung über Russland und noch weniger über den amtierenden Präsidenten des Landes gibt?*

*Man muss nicht allem zustimmen, was der russische Präsident geschrieben hat. Aber darüber nachzudenken wäre sinnvoll. Das kann man aber nur dann, wenn man auch zur Kenntnis nimmt, was er wirklich geschrieben hat.* •

<sup>1</sup> <https://nationalinterest.org/feature/vladimir-putin-real-lessons-75th-anniversary-world-war-ii162982>

<sup>2</sup> <http://en.kremlin.ru/events/president/news/63527>

<sup>3</sup> <https://russische-botschaft.ru/de/2020/06/19/75-jahrestag-des-grossen-sieges-gemeinsame-verantwortung-vor-geschichte-und-zukunft/>

<sup>4</sup> <http://kremlin.ru/events/president/news/63527>

<sup>5</sup> Entschliessung des Europäischen Parlaments vom 19. September 2019: «Bedeutung der Erinnerung an die europäische Vergangenheit für die Zukunft Europas», [https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/TA-9-2019-0021\\_DE.pdf](https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/TA-9-2019-0021_DE.pdf)

### 75 Jahre Kriegsende

## «Nur Verstehen führt zur Freiheit»<sup>1</sup>

### Daniel Barenboims Lehren aus dem Holocaust

*wp. In der «Frankfurter Allgemeinen Zeitung» vom 12. Mai 2020 nimmt Daniel Barenboim die bevorstehende Vereidigung der 35. Regierung Israels am 13. Mai 2020 – und wohl auch den 75. Jahrestag des Ende des Zweiten Weltkriegs – zum Anlass zu untersuchen, welche Lehren aus dem Holocaust gezogen werden müssen, wenn Freiheit und Frieden hergestellt werden sollen.*

Ein wesentlicher Grundsatz des Judentums ist das Streben nach Gerechtigkeit für alle Menschen, so *Barenboim*. Israel gebe dieses Kapital allerdings mit seinem Verhalten und seiner Politik aus der Hand, und zwar dadurch, dass sich seine Erinnerungskultur nur um das Unrecht drehe, das ihm zugefügt worden sei, und zum zweiten durch die ungerechte Behandlung der Palästinenser. Erinnern sei nur sinnvoll, wenn es mit einem konstruktiven Aspekt verbunden sei, was in diesem Zusammenhang hiesse: Für Israel darf der Holocaust nicht «einziges moralisches Kriterium für seine Existenz» sein, und die Palästinenser können Israel nur akzeptieren, wenn sie «seine Geschichte einschliesslich des Holocausts akzeptieren». Es gehe allerdings nicht nur um Wissen, sondern auch um Verstehen, das – einem

Gedanken *Spinozas* folgend – zur Freiheit führe: Der Holocaust mit all «seinem Grauen» und «seiner Tragödie» gehöre der «Menschheit als Ganzer». Er müsse – und es sei hinzugefügt, wie alle anderen monströsen Verbrechen gegen die Menschlichkeit auch – von den Menschen verstanden werden, damit sie nicht «Sklave einer Erinnerung» bleiben.

Zum Schluss nimmt *Barenboim* noch deutlich zur Politik Israels Stellung: Nicht nur die israelische «Erinnerungsethik» sei falsch, sondern auch die Besatzungs- und Siedlungspolitik im Westjordanland sowie die von der neuen Koalitionsregierung geplante Annexion von Teilen dieses Gebietes. Aber auch die Palästinenser sieht der Autor in der Pflicht: So wie die Israeli die Palästinenser verstehen müssen, müssen die Palästinenser die Israeli verstehen. Und *Barenboim* wäre nicht *Barenboim*, wenn er nicht die Musik als Lehrerin beiziehen würde, die vom Dialog, vom Kontrapunkt lebe: «Wenn es nur eine Stimme gibt, dann ist das eine Ideologie, und das könnte in der Musik nie passieren.» •

<sup>1</sup> *Barenboim, Daniel. «Nur Verstehen führt zur Freiheit» in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 12.5.2020*

### Sicherheitsrat nimmt deutsch-belgischen Resolutionsentwurf zur Syrienhilfe an

*km.* Am 12. Juli hat der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen einen Resolutionsentwurf verabschiedet, durch den der Betrieb von künftig nur einem Kontrollpunkt an der syrisch-türkischen Grenze zur Lieferung humanitärer Hilfe an Syrien um ein Jahr verlängert wird. 12 UN-Sicherheitsratsmitglieder stimmten für den Resolutionsentwurf, Russland, China und die Dominikanische Republik enthielten sich der Stimme. Die Resolution ist ein Kompromiss, das Ergebnis eines harten Ringens im Sicherheitsrat. In den Tagen zuvor hatten Russland und China die bis dahin vorgelegten Resolutionsentwürfe Deutschlands und Belgiens mit ihrem Veto abgelehnt.

Russland spricht sich dafür aus, den Mechanismus der grenzüberschreitenden Lieferung humanitärer Hilfe an Syrien auslaufen zu lassen. Um der Bevölkerung in nicht von der Regierung kontrollierten Gebieten zu helfen, sei es bislang zweckmässig gewesen, humanitäre Hilfsgüter über Nachbarländer Syriens zu liefern. Jetzt habe sich die Situation vor Ort aber geändert, die syrische

Armee bringe immer mehr Gebiete unter ihre Kontrolle, und der Mechanismus sei nicht mehr notwendig. Die humanitäre Hilfe solle nun über Damaskus geliefert werden.

Die Ständige Vertretung Russlands bei den Vereinten Nationen hatte am 10. Juli darauf verwiesen, dass der Mechanismus der grenzüberschreitenden Lieferung humanitärer Hilfe 2014 als Ausnahmemaassnahme geschaffen worden war. Zu jenem Zeitpunkt habe dieser Mechanismus einen Kompromiss dargestellt, um die Probleme innerhalb des konfliktgeplagten Landes zu lösen und die Not der hilfsbedürftigen Menschen zu lindern. Es unterliege jedoch keinem Zweifel, dass sie «den Prinzipien des humanitären Völkerrechts widerspricht und die syrische Souveränität untergräbt».

Auch nach der Verabschiedung der Resolution setzen die meisten westlichen Medien und Politiker Russland und China auf die Anklagebank. Beide Staaten würden humanitäre Hilfe für Millionen Menschen im Norden Syriens verhindern. Russlands Position wird zumeist nicht dargestellt.

# Aussenpolitisches Programm des Bundesrates mit Fragezeichen

## Was hat die neutrale Schweiz im Uno-Sicherheitsrat zu suchen?

von Dr. iur. Marianne Wüthrich

Anlässlich seiner Rede am 26. Juni 2020 in Genf zum 75jährigen Bestehen der Charta der Vereinten Nationen hat Bundesrat Ignazio Cassis die in Bundesbern seit langem ausgebrütete und gehegte Kandidatur der Schweiz für einen Sitz im Uno-Sicherheitsrat für die Jahre 2023/24 bekräftigt.<sup>1</sup> Bereits 2011 hatte der Bundesrat trotz schwerwiegender Bedenken von vielen Seiten beschlossen, die Kandidatur der Schweiz für ein nichtständiges Mandat im Sicherheitsrat offiziell einzureichen. Dagegen wurden im Parlament im Laufe der Jahre eine Reihe von Vorstössen lanciert, die von der Mehrheit beider Räte aber leider alle abgelehnt worden sind.

Heute ist das Ziel des Bundesrates fatale Weise in Reichweite gerückt: Einen Sitz im Uno-Sicherheitsrat zu ergattern, diesem Machtinstrument, das im Widerspruch zum Prinzip der Gleichberechtigung aller Staaten befugt ist, «zur Wahrung oder Wiederherstellung des Weltfriedens» Zwangsmassnahmen gegen Mitgliedsstaaten bis hin zu Kriegseinsätzen zu legitimieren (Artikel 39–43 der Charta). Zu dieser Problematik hat Professor Hans Köchler immer wieder in Zeit-Fragen geschrieben. Seine wertvollen Beiträge sind vom Verlag Zeit-Fragen 2019 als Buch herausgegeben worden.<sup>2</sup>

Für die Grossmächte mag der Sicherheitsrat in der Praxis ein Instrument sein, um zu versuchen, mit ihrem Veto einen Weltenbrand abzuwenden. Für die Schweiz dagegen ist ein Mandat im Sicherheitsrat abzulehnen, weil es im Widerspruch steht zum Neutralitätsprinzip, einem unverzichtbaren Teil des Schweizer Staatsverständnisses.

Die Schweiz ist der Uno als Vollmitglied erst im Jahr 2002 beigetreten – nicht etwa, weil die Schweizer etwas gegen die positiven Aktivitäten im Rahmen der Uno hatten. Im Gegenteil: Seit der Gründung der Uno hat die Schweiz diese tatkräftig unterstützt, mit dem Aufbau und der Pflege des internationalen Genf, dem neben New York wichtigsten Uno-Sitz, und mit grossem personellen und finanziellen Einsatz in den zahlreichen sozialen, humanitären und kulturellen Unterorganisationen der Vereinten Nationen. Anstelle der 20 Millionen Franken pro Jahr, welche die Schweiz Ende der 1980er Jahre als Mitglied hätte bezahlen müssen, leistete sie damals rund 170 Millionen jährlich an die Uno und deren Unterorganisationen.<sup>3</sup> Obwohl die Bevölkerung diese Aktivitäten grossmehrheitlich bejahte, haben die Stimmberechtigten in der Volksabstimmung vom 16. März 1986 mit einem wuchtigen Nein von über 75 Prozent der Stimmen und von sämtlichen Kantonen den Beitritt zur Uno abgelehnt. In der Abstimmung vom 3. März 2002 hat schliesslich eine auch nicht gerade überwältigende Mehrheit von 54,6 Prozent der Schweizer ja gesagt zum Uno-Beitritt (mit einem hauchdünnen Ständemehr von 12 zu 11). Warum?

### Volksabstimmung 1986: Neutralität der Schweiz

#### als Hauptgrund gegen den Uno-Beitritt

Im Abstimmungsbüchlein des Bundesrates von 1986 hat das «Aktionskomitee gegen den Uno-Beitritt» Klartext gesprochen: «Der Hauptgrund, der den Beitritt in die Uno unmöglich macht, ist dessen Unvereinbarkeit mit unserer dauernden und bewaffneten Neutralität. Die Charta legt fest, dass die Mitglieder gemäss Beschluss des Sicherheitsrates wirtschaftliche, verkehrspolitische und diplomatische Massnahmen, d. h. Sanktionen, gegen einzelne Staaten ergreifen müssen. Auch die neutrale Schweiz wäre gezwungen, gegen andere Staaten solche Sanktionen durchzuführen. Dies wäre eine eindeutige, krasse Neutralitätswidrigkeit, denn die einseitigen Erklärungen über unsere Neutralität, die der Bundesrat nach der Vorlage abgeben soll, haben keine rechtliche Bedeutung und würden uns von der Verpflichtung zu Sanktionen nicht befreien.» Und weiter: «Wir müssten dem fremden Willen des Sicherheitsrates Folge leisten, was in offenem Widerspruch zum Verfassungsartikel steht, wonach der erste Zweck des Bundes die «Behauptung der Unabhängig-

keit des Vaterlandes gegen aussen» ist.» (Abstimmungsbüchlein, S. 6)

Die Abstimmungsvorlage von 1986 enthielt folgende Bestimmung: «Vor dem Beitritt wird der Bundesrat eine feierliche Erklärung abgeben, in der er ausdrücklich bekräftigt, dass die Schweiz ihre dauernde und bewaffnete Neutralität beibehält.»

Soweit der Rückblick in die neuere Geschichte der Schweizer Neutralitätspolitik. Auch damals war der Stein des Anstosses der Sicherheitsrat, auch wenn ein Sitz für die Schweiz in diesem Gremium kein Thema war. Auffallend ist die Geschlossenheit, mit der sich die Stimmbürger gegen Bundesbern zur Wehr setzten.

### Einsatz der Schweiz für eine friedlichere Welt im Sicherheitsrat?

Heute sind andere Zeiten. Manche Schweizer haben sich schon fast daran gewöhnt, dass sie durch ihre «Volksvertreter» mittels ständigem Berieseln mit fragwürdigen Botschaften zur Abkehr von den sinnvollen, historisch gewachsenen Staatsprinzipien gedrängt und in eine angeblich bessere und gerechtere Welt geschubst werden sollen.

In diesem Sinne versuchte Bundesrat Cassis am 26. Juni in Genf, die Schweizer Kandidatur für den Uno-Sicherheitsrat auf geradezu groteske Weise schönzureden: «Cet engagement en faveur d'un monde plus juste, plus pacifique et, donc, plus vivable est la base de notre candidature à un siège au Conseil de Sécurité des Nations unies pour les 2023 à 2024. Au Conseil de sécurité, nous voulons être un Plus pour la Paix. Voici dévoilé le slogan de notre candidature: «La Suisse. Un Plus pour la Paix – Switzerland. A plus for peace.»» Zu deutsch: «Dieses Engagement zu Gunsten einer gerechteren, friedlicheren und folglich lebenswerteren Welt liegt unserer Kandidatur für einen Sitz im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen für 2023/2024 zugrunde. Im Sicherheitsrat wollen wir ein Plus für den Frieden sein. Hier der Slogan unserer Kandidatur: «Die Schweiz. Ein Plus für den Frieden.»»<sup>4</sup>

Wer das Buch von Professor Köchler oder auch nur die einschlägigen Artikel in Kapitel VII der Uno-Charta (siehe Kasten) gelesen hat, erkennt im Fantasiegebilde des Schweizer EDA-Chefs (Aussenministers) das von den Grossmächten beherrschte Gremium nicht wieder.

### Kleinststaaten haben kaum Einfluss im Sicherheitsrat – für sie gibt es bessere Mittel

Gemäss Artikel 23 der Uno-Charta besteht der Sicherheitsrat aus 15 Mitgliedern

der Vereinten Nationen. China, Frankreich, Russland, Grossbritannien und die USA sind ständige Mitglieder, die zehn nichtständigen Mitglieder werden von der Uno-Generalversammlung für zwei Jahre gewählt. Art. 23 schreibt in Absatz 1 «eine angemessene geographische Verteilung der Sitze» vor. In der Praxis werden sie wie folgt zugeteilt: Afrika 3 Sitze, Asien/Pazifik 2 Sitze, Lateinamerika 2 Sitze, Osteuropa 1 Sitz, Westeuropa und andere 2 Sitze. Für die beiden westeuropäischen Sitze bewirbt sich für 2023/2024 neben der Schweiz als einziger weiterer Staat Malta.

Das undemokratische Abstimmungsverfahren im Sicherheitsrat hat Professor Köchler mehrmals ausführlich erläutert. Hier nur kurz: Jedes Mitglied hat gemäss Art. 27 der Uno-Charta eine Stimme. In allen wichtigen Fragen bedarf es einer Zustimmung von neun der 15 Mitglieder. Damit ein Beschluss zustande kommt, ist die Zustimmung der fünf ständigen Mitgliedsstaaten notwendig, das heisst, jeder einzelne von ihnen kann mit seinem Nein einen Beschluss blockieren (Veto-Recht). Wie hat doch *George Orwell* in seiner «Animal Farm» derlei Zustände charakterisiert? «All animals are equal but some animals are more equal than others.» (Alle Tiere [hier: alle Staaten] sind gleich, aber einige sind gleicher als andere.)

Zu ergänzen ist, dass sich das Vetorecht der Grossmächte in manchen gefährlichen Situationen durchaus als sinnvoll erweisen kann, um einen direkten Krieg zwischen einzelnen Grossmächten zu vermeiden. In dieser Liga spielen aber der neutrale Kleinstaat Schweiz und die meisten anderen Staaten nicht mit.

In einer Sendung von *Radio SRF* vom 24. April 2019 wurde bestätigt, dass es im Uno-Sicherheitsrat für die nichtständigen Mitglieder sehr schwierig ist, Einfluss zu nehmen. Gemäss einer Untersuchung des *International Peace Institute* habe aber zum Beispiel Schweden 2017/2018 im Sicherheitsrat «im humanitären Bereich Fortschritte ermöglicht – vor allem in bezug auf den Zugang für Hilfswerke in Syrien».<sup>5</sup>

Aber dazu brauchen wir doch keinen Vertreter im Sicherheitsrat! Für den humanitären Bereich hat die Schweiz seit langer Zeit weit tauglichere Mittel der Zusammenarbeit mit anderen Staaten und internationalen Organisationen. So insbesondere das IKRK und die Guten Dienste, aber auch die DEZA (*Direktion für Entwicklungszusammenarbeit der Eidgenossenschaft*), das Engagement in

zahlreichen Uno-Organisationen wie UNDP (Entwicklungsprogramm der Uno), OHCHR (Hochkommissariat für Menschenrechte) sowie in der OSZE.

### Stimmen aus dem Parlament: Mandat im Sicherheitsrat widerspricht dem Neutralitätsprinzip der Eidgenossenschaft diametral

Der Bundesrat beteuert in seinen Berichten und Stellungnahmen unermüdlich, ein Sicherheitsratsmandat sei mit dem Neutralitätsrecht und mit der Neutralitätspolitik der Schweiz vereinbar. In seinem Bericht vom 5. Juni 2015 führt er unter anderem an, nur ein kleiner Teil der Beschlüsse des Sicherheitsrats beinhalte Zwangsmassnahmen [gemäss Art. 42/43 der Uno-Charta]. Ergriffene Zwangsmassnahmen würden zudem nur selten einen zwischenstaatlichen bewaffneten Konflikt betreffen, sondern meist innerstaatliche Konflikte, auf welche der Neutralitätsgrundsatz nicht anwendbar sei. Auch seien Zwangsmassnahmen, zu denen der Sicherheitsrat grünes Licht gibt, keine kriegerischen Handlungen im Sinne des Neutralitätsrechts, denn der Sicherheitsrat handle nicht als Konfliktpartei, sondern sei «auf der Grundlage eines Mandats aller Mitgliedsstaaten tätig, die ihn als Hüter der Weltordnung mit der Wahrung und Wiederherstellung des Friedens beauftragt haben».<sup>6</sup>

Hier vermischt der Bundesrat Neutralitätsrecht und Neutralitätspolitik: Wenn die Schweiz in einem innerstaatlichen Konflikt Partei ergreift, verstösst dies zwar tatsächlich nicht gegen das Neutralitätsrecht im engeren Sinne, wohl aber gegen die Neutralitätspolitik, derer sich die Schweiz zu befleissigen hat (zu Neutralitätsrecht und Neutralitätspolitik siehe Kasten). Erklären Sie diesen feinen Unterschied mal der Gegenpartei, wenn die Schweiz in einem innerstaatlichen Konflikt die Partei der anderen Seite ergreift und im betreffenden Land humanitäre Hilfe leisten will! Und erklären Sie der leidtragenden Zivilbevölkerung, der der Sicherheitsrat wirtschaftliche Sanktionen aufzwingt, dass die Schweiz diese zur «Wiederherstellung des Friedens» mittrage ... Solche Haarspaltereien des Bundesrates widersprechen dem Sinn und Zweck der schweizerischen Neutralität im Grundsatz. Ist es das wirklich wert, nur um auf den Fotos der Uno-Machtzirkel dabeizusein?

Da hilft es auch nicht, wenn der Bundesrat im Bericht von 2015 auf Seite 20 andere neutrale Staaten wie Österreich, Irland oder Finnland anführt, die auch schon im Sicherheitsrat waren: Daraus könne geschlossen werden, dass die Glaubwürdigkeit der Neutralität dadurch keinen Schaden nehme. Einspruch! Jeder einzelne Staat muss diese Frage aus eigener Verantwortung für sich selbst entscheiden, auf der Grundlage seines eigenen Neutralitätsverständnisses, seiner Geschichte und der Verankerung des Neutralitätsprinzips in der Bevölkerung. Österreich, Irland und Finnland sind Mitglieder der EU und unterstehen deren «Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP)». Eine ganz andere Ausgangslage als die der Schweiz.

Der jüngste Vorstoss der SVP-Fraktion für einen Verzicht der Schweiz auf die Kandidatur wurde wie andere zuvor in erster Linie mit dem Grundsatz der Neutralität begründet: «Wer im Sicherheitsrat sitzt, kann für sich keine neutrale Position mehr in Anspruch nehmen. Der Einsatz hat zum Zweck, die Weltpolitik in bezug auf Krieg und Frieden mitzugestalten, ansonsten ist eine Teilnahme im Sicherheitsrat sinnlos. Die [...] Absicht, eine Mitgliedschaft anzustreben, widerspricht dem jahrhundertalten Neutralitätsprinzip der Eidgenossenschaft diametral.»<sup>7</sup> Leider wurde diese Motion wie frühere Vorstösse vom Nationalrat am 12. März dieses Jahres abgelehnt, mit 127 zu 52 Stimmen.

### Befugnisse des Uno-Sicherheitsrates gemäss Charta der Vereinten Nationen vom 26. Juni 1945

*Kapitel VII: Massnahmen bei Bedrohung oder Bruch des Friedens und bei Angriffshandlungen*

Art. 39

Der Sicherheitsrat stellt fest, ob eine Bedrohung oder ein Bruch des Friedens oder eine Angriffshandlung vorliegt; er gibt Empfehlungen ab oder beschliesst, welche Massnahmen auf Grund der Artikel 41 und 42 zu treffen sind, um den Weltfrieden und die internationale Sicherheit zu wahren oder wiederherzustellen.

Art. 41

Der Sicherheitsrat kann beschliessen, welche Massnahmen – unter Ausschluss von Waffengewalt – zu ergreifen sind, um seinen Beschlüssen Wirksamkeit zu verleihen; er kann die Mitglieder der Vereinten Nationen auffordern, diese Massnahmen durchzuführen. Sie können die vollständige oder teilweise Unterbrechung der Wirtschaftsbeziehungen, des Eisenbahn-, See- und Luftverkehrs, der Post-, Telegraphen- und Funkverbindungen sowie sonstiger Verkehrsmöglichkeiten und den Abbruch der diplomatischen Beziehungen einschliessen.

Art. 42

Ist der Sicherheitsrat der Auffassung, dass die in Artikel 41 vorgesehenen Massnahmen unzulänglich sein würden oder sich als unzulänglich erwiesen haben, so kann er mit Luft-, See- oder Landstreitkräften die zur Wahrung oder Wiederherstellung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit erforderlichen Massnahmen durchführen. Sie können Demonstrationen, Blockaden und sonstige Einsätze der Luft-, See- oder Landstreitkräfte von Mitgliedern der Vereinten Nationen einschliessen.

Art. 43

(1) Alle Mitglieder der Vereinten Nationen verpflichten sich, zur Wahrung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit dadurch beizutragen, dass sie nach Massgabe eines oder mehrerer Sonderabkommen dem Sicherheitsrat auf sein Ersuchen Streitkräfte zur Verfügung stellen, Beistand leisten und Erleichterungen einschliesslich des Durchmarschrechts gewähren, soweit dies zur Wahrung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit erforderlich ist.

# «Freiheit des Vaterlandes war meine erste Liebe»

## Ignaz Paul Vital Troxler (1780–1866) als geistiger und politischer Erneuerer der Schweiz

von Dr. phil. René Roca, Forschungsinstitut direkte Demokratie

Der Ignaz P. V. Troxler-Verein ([www.ipvtroxler.ch](http://www.ipvtroxler.ch)) bemüht sich intensiv um das Erbe dieses grossen Schweizer Denkers. Eine Frucht dieses Bemühens war ein erster Band mit ausgewählten Aufsätzen und Vorträgen aus dem Troxler-Gedenkjahr 2016 mit dem programmatischen Titel «Erbe als Auftrag». Nun liegt der zweite Band vor mit dem Titel «Mythos, Gemeinschaft, Staat. Ignaz Paul Vital Troxler, geistiger und politischer Erneuerer der Schweiz.»\* Andreas Dollfus legt als verantwortlicher Herausgeber eine Anthologie mit sorgfältig ausgewählten Texten von Troxler vor, die eine Neuausgabe einer 2005 erstmals erschienenen und seit kurzem vergriffenen Schrift ist. Er leitet die Textsammlung ein und versieht die Troxler-Texte und -Reden immer wieder mit einem profunden Kommentar. So erhält der Leser einen guten Überblick und Einblick in das äusserst vielfältige geistige und politische Wirken Troxlers.

Die Sammlung setzt mit einem autobiographischen Fragment Troxlers ein, das er im Jahre 1830 verfasste. Troxler selbst stammte aus ein-

fachen Verhältnissen, wuchs in Beromünster (Kanton Luzern) auf und verlor früh den Vater. Schon mit neun Jahren besuchte er die Lateinschule im Chorherrenstift Beromünster, dann die Gymnasien in Solothurn und Luzern. Speziell war seine Beziehung zu einem Oheim im Kloster St. Urban, Pater Gregor, der den jungen Troxler nebst der Vermittlung eines soliden christlichen Fundamentes in die Literatur und die Philosophie einführte: «[...] und so ward dies Kloster für mich die erste Akademie.» In Solothurn kam er in Kontakt mit der französischen Emigrantenwelt, «und dies lenkte zu meist meine Aufmerksamkeit auf das grosse Ereignis der französischen Revolution und ihre Folgen für mein Vaterland. Ich fing an, das Allgemeine zu fühlen und selbst zu denken, ich las deutsche und französische Tagesblätter, meine Freiheitsliebe erwachte [...]» Das Thema der «Freiheit» war fortan für Troxler zentral und seine philosophischen, politischen und pädagogischen Gedanken kreisten immer wieder um diese wichtige Grundvoraussetzung eines würdigen menschlichen Lebens.

### Neutralitätsgarantie für die freie Schweiz

In einem weiteren Text befasst sich Troxler mit der Neutralität der Schweiz. Er selbst reiste 1815 nach Wien und nahm als Privatmann am dortigen Kongress teil, um auf die Verhandlungen, bei denen es um die Neugestaltung der politischen Verhältnisse in Europa und der Schweiz ging, einzuwirken. Er betonte dabei die Bedeutung einer Neutralitätsgarantie für die Schweiz und dass diese die Freiheit der Schweiz bestätigen werde. Troxler weiter: «Ein von aussen unabhängiges und innerlich selbständiges Volk ist im besten Sinne neutral.»

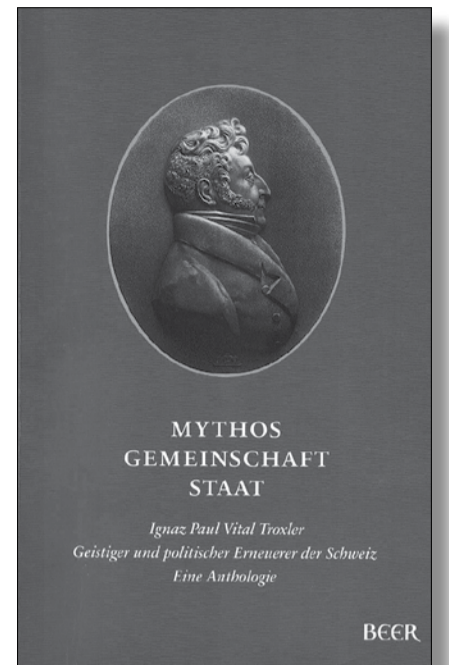
Weitere Texte, die Eingang in die Sammlung fanden, befassen sich mit der für den Aufbau und den Erhalt einer Demokratie fundamentalen Pressefreiheit sowie mit der Frage, worauf «das Wohl unseres Vaterlandes» beruhen soll, also mit den politischen und ethischen Grundvoraussetzungen eines demokratischen Staates, beispielsweise mit dem Text über die «Einheit im Geiste als wahre Naturkraft eines Volkes».

### Die neue Bundesverfassung 1848 – «naturrechtlich und geschichtsmässig» fundiert

Troxler philosophierte nicht nur über die ethischen Grundlagen in Politik und Gesell-

schaft, sondern griff auch konkret in politische Debatten ein. Seit Beginn der Regeneration 1830 diskutierte man in der Schweiz über eine neue Staatsform, und auch Troxler beteiligte sich daran. Die Schweiz war damals ein Staatenbund und besass als verfassungsmässige Grundlage lediglich einen Bundesvertrag. Dies genügte den damaligen Anforderungen in politischer und vor allem auch in wirtschaftlicher Hinsicht (beginnende Industrialisierung) nicht mehr. Dem Text «Die eine und wahre Eidgenossenschaft» fügte Troxler 1832 gleich noch einen Verfassungsentwurf bei, der die Schweiz als Bundesstaat vorsah: «Alle wahre Eidgenossenschaft ist ein Bundesstaat, und das war die ursprüngliche und blieb bis zu Zeit ihrer Auflösung. Sie war als Bundesstaat gebaut auf die Stellvertretung der Gesamtheit der Bürger als der Besonderheit der Orte.» Besonders hervorzuheben ist hier, dass Troxler immer wieder die Anfänge der schweizerischen Eidgenossenschaft würdigte und betonte, dass wir uns an dieses Erbe erinnern müssten. Für ihn war nur so eine neue Bundesverfassung «naturrechtlich und geschichtsmässig» fundiert.

Entscheidend für die heute immer noch gültige Gestalt des Bundesstaates war dann Troxlers Schrift «Die Verfassung der Vereinigten Staaten Nordamerikas als Musterbild der schweizerischen Bundesreform», die ebenfalls Eingang in die Anthologie fand. Er publizierte diesen Text in einem epochalen historischen Moment, nämlich 1848, als eine Tagsatzungskommission nach dem Sonderbundkrieg über die neue schweizerische Verfassung diskutierte. Troxler gab der Kommission den entscheidenden Impuls zur Einführung eines Zweikammersystems (National- und Ständerat). Troxler wollte aber das System der USA nicht einfach kopieren, zumal er die geistige Urquelle dieses Modells in der Eidgenossenschaft sah: «Der Keim dieser Föderalrepublik [...] ist in unsern Bergen gesät und von Europa aus jenseits des Meeres mittels Pensylvanien in den grossen Weltteil übertragen, dort zur Frucht am Riesenbaume gereift. Es kommt uns also von dort nichts Neues [...]!» Troxler sah das Modell des Bundesstaates auch als wichtiges Versöhnungswerk an, damit das Schweizer Volk nach dem Sonderbundkrieg wieder zusammenwachsen könne als «ebenbürtige und gleichberechtigte Brüder».



ISBN 978-3-85568-013-9

### Ein Troxler für die heutige Schweiz

Die Texte, ein Fundus sondergleichen, zeigen einen Troxler, der in vielerlei Hinsicht als geistiger und politischer Erneuerer der Schweiz gelten kann. Das Nachwort des Bandes stammt vom Juristen sowie langjährigen Chefredaktoren und Verleger der «Schaffhauser Nachrichten» Max U. Rapold und trägt den Titel «Notwendig: ein Troxler für die heutige Schweiz». Damit stellte Rapold 2005, zum Zeitpunkt der Erstausgabe der Textsammlung, einen bedenkenswerten Gegenwartsbezug her. Darin heisst es: «Es sind sein [d. h. Troxlers, d. V.] spirituelles Fundament, sein Mut zur Gegenläufigkeit im Meinungsstreit, sein Widerstand gegen fade Kompromisse beim Suchen nach tragfähigen politischen Lösungen und seine tiefe Achtung vor dem ewig gültigen Gründungsimpuls der Eidgenossenschaft, die das aktuelle Ringen um die Zukunft unseres Landes zu inspirieren vermögen.» Dieser Satz hat nichts an Aktualität eingebüsst, und man wünscht sich dessen Realisierung nicht nur weiterhin für die Schweiz, sondern für jeden demokratisch begründeten Staat.

\* Dollfus, Andreas (Hrsg.). *Mythos, Gemeinschaft, Staat. Ignaz Paul Vital Troxler, geistiger und politischer Erneuerer der Schweiz*, Beer-Verlag Zürich, 170 Seiten, Fr. 28.–



Ignaz Paul Vital Troxler (1780–1866). Bronzebüste des Aarauer Künstlers Hans Gessner (1898–1986). Kunsthaus Aarau. (Bild Raphael Schmitt)

### «Aussenpolitisches Programm ...»

Fortsetzung von Seite 6

Erfreulicherweise sagten auch je ein Mitglied der FDP und der CVP ja zum Verzicht auf die Kandidatur. Zwölf National-

### Neutralitätsrecht und Neutralitätspolitik

*mw.* «Das Neutralitätsrecht definiert die Rechte und Pflichten eines neutralen Staates.» Rechtliche Grundlage ist vor allem das «Haager Abkommen betreffend die Rechte und Pflichten der neutralen Mächte und Personen im Falle eines Landkriegs» vom 18. Oktober 1907. Die wichtigsten Pflichten des neutralen Staates sind: Nichtteilnahme an Kriegen und an militärischen Bündnissen, Selbstverteidigung, Gleichbehandlung der Kriegführenden bezüglich Kriegsmaterial-Export, Nicht-Zurverfügungstellen des Territoriums für die Kriegsparteien.

«Die Neutralitätspolitik stellt die Wirksamkeit und die Glaubwürdigkeit der Neutralität sicher. Sie orientiert sich am Recht, an den Landesinteressen, an der internationalen Lage sowie an Tradition und Geschichte.»

Quelle: «Die Neutralität der Schweiz.» Eine Informationsbroschüre des Eidg. Departementes für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport VBS; in Zusammenarbeit mit dem Eidg. Departement für auswärtige Angelegenheiten EDA. 4. überarbeitete Auflage

räte, wovon elf aus der CVP, enthielten sich der Stimme: weil sie die Unvereinbarkeit des Sicherheitsrats mit der Neutralität der Schweiz sehr wohl erkennen, aber nicht einer Motion der SVP zustimmen wollten?

Einer, der sich der Stimme enthalten hat, ist Nationalrat und CVP-Parteipräsident Gerhard Pfister (Zug). Vor anderthalb Jahren hat er im Namen seiner Partei eine bemerkenswerte Medienmitteilung herausgegeben, in der unter anderem zu lesen ist: «Die Schweiz ist seit 2002 Mitglied der Uno, was eine Mitarbeit im Sicherheitsrat grundsätzlich möglich macht. Aber macht es auch Sinn, in diesem Einsitz zu nehmen? Wenn ein Staat gegen den Weltfrieden verstösst, dann kann der Sicherheitsrat verbindliche und bei schweren Verstössen sogar militärische Massnahmen anordnen. Bei allen zu beurteilenden Fragen müsste sich die Schweiz entscheiden und Partei ergreifen. Gerade in einer Zeit, wo Konflikte zunehmen, wo geopolitische Verschiebungen drohen, ist es wichtig, sich als Schweiz auf ihre Stärken zu besinnen. Die Schweiz kann im Uno-Sicherheitsrat nicht viel beitragen, weil die ständigen Mitglieder die wichtigen Entscheidungen durch ihr Veto sowieso blockieren und weil sie sich auf Grund ihrer Unparteilichkeit immer wieder der Stimme enthalten müsste. Warum nicht Energie und Geld für die Stärke der Schweiz verwenden? Stellen wir weiterhin unsere Guten Dienste in den übrigen UN-Organisationen zur Verfügung. Engagieren wir uns für das internationale Genf. Setzen wir uns ein für die Ziele des Europarats, der OSZE und der OECD und vieler anderer multilateraler Organisationen. Der Bundesrat tut gut daran, diese Bewerbung für einen Sitz im Uno-Sicherheitsrat nochmals zu prüfen.»<sup>8</sup>

### «Wird die Schweiz aktives Mitglied des Uno-Sicherheitsrates, ist sie nicht mehr neutral. Schweigt sie hingegen, gehört sie nicht dahin»<sup>9</sup>

Einer, der sich auf dem Boden des Schweizer Neutralitätsprinzips beharrlich gegen ein Mandat der Schweiz im Sicherheitsrat zu Wort meldet, ist der langjährige Botschafter Dr. Paul Widmer.<sup>10</sup> Schon 2015 nahm er unter dem Titel «Die Schweiz gehört nicht in den Uno-Sicherheitsrat» dezidiert Stellung zur Kandidatur, welche der Bundesrat mit seinem oben erwähnten Bericht vom 6. Juni 2015 an das Parlament als mit der Neutralität vereinbar erklärt hatte.<sup>11</sup>

In diesem Artikel malt Widmer am Beispiel des Militäreinsatzes gegen Libyen aus, in welche unwürdigen Situationen die Schweiz mit einem Mandat im Sicherheitsrat geraten könnte: «Zehn Staaten stimmten dafür, fünf – China und Russland als ständige, Deutschland, Indien und Brasilien als nichtständige Mitglieder – enthielten sich der Stimme. Niemand legte ein Veto ein, niemand stimmte dagegen.»

Widmer fährt fort: «Nehmen wir einmal an, die Schweiz wäre 2011 im Sicherheitsrat gewesen. Wie hätte sie sich verhalten? Sie hätte gegen die Flugverbotszone stimmen können. Doch das hätte sie sicher nicht getan. Es gehörte sich auch nicht, dass ein Neutraler als Einziger ein Vorhaben der Uno zu verhindern suchte.»

Zweite Möglichkeit: Sie hätte mit der Mehrheit für den Militäreinsatz gestimmt. Auch das wäre für einen neutralen Staat unangemessen gewesen, wo selbst ein Nato-Land wie Deutschland sich der Stimme enthielt. Dritte Möglichkeit: Sie hätte sich der Stimme enthalten. Das wäre am wahrschein-

lichsten gewesen. Doch dazu brauchen wir nicht in den Sicherheitsrat zu gehen.

Wie man es auch dreht: Eine Schweiz im Sicherheitsrat würde in delikaten Fragen entweder mit ihren häufigen Enthaltungen ein ohnehin schwaches Führungsorgan noch weiter schwächen oder sonst mit ihrer Parteilichkeit ihre Neutralität gefährden.»

### Neutralität nach aussen: «Die Achtung der Neutralität durch die Staatengemeinschaft ist mehr wert als die auferlegten Einschränkungen»

In einem weiteren Zeitungskommentar legt Paul Widmer den Finger darauf, dass die politische Elite der Schweiz nach dem Ende des Kalten Krieges nicht viel von der Neutralität gehalten habe: «Man fand, sie sei zwar in der Zeit der Ost-West-Konfrontation nützlich gewesen, habe aber im neuen Europa keinen Platz mehr. Der Bundesrat wollte die Schweiz in die EU führen und suchte die Nähe zur Nato. Daher empfand er die Neutralität als einen lästigen Klotz am Bein. Die Geringschätzung schlug sich im Neutralitätsbericht von 1993 nieder. In dieser Auslegung ist in Friedenszeiten fast alles neutralitätsverträglich – ausser einem Vollbeitrag zu einer militärischen Allianz. Die Neutralität ist auf das neutralitätsrechtliche Minimum abgespeckt. Das ist wirklich nicht viel. Die Neutralitätspolitik dagegen ist verblasst.»<sup>12</sup>

Widmer mahnt demgegenüber: «Die Achtung der Neutralität durch die Staatengemeinschaft ist mehr wert als die auferlegten Einschränkungen.» Denn letztlich komme es darauf an, was die anderen Staaten von unserer Politik halten: «Eine zu permissive Aus-

Fortsetzung auf Seite 8

# Das Händedesinfektionsmittel, eine Schweizer Erfindung

von Nicole Duprat, Frankreich

Die Covid-19-Pandemie rückt die weithin unbekanntete Tat des Dr. *Didier Pittet* ins rechte Licht. Dieser Infektiologe des Universitätsklinikums (Hôpitaux Universitaires) in Genf hat das Händedesinfektionsmittel weltweit als erster verwendet.

## Eine rettende Geste

*Thierry Crouzet*, ein französischer Schriftsteller aus Sète (Südfrankreich), hat über diese medizinische Odyssee in seinem Buch «Le geste qui sauve» (Die rettende Geste), das im Verlag *L'Âge d'Homme* erschienen ist, berichtet. Eine einfache Frage führt schlussendlich zur Herstellung des Händedesinfektionsmittels: «Wie kann das medizinische Personal effektiver Hände reinigen?» Im Laufe seines Medizinstudiums, während dem er sich auf infektiöse Krankheiten spezialisiert, interessiert sich der Epidemiologe des Hôpital Universitaire de Genève (HUG) für Infektionen, die in Verbindung mit intravenösen Kathetern stehen und für 20 bis 30 Millionen Infektionen pro Jahr, die im Krankenhaus entstehen, verantwortlich sind. Dies ist das Thema des leicht zu

lesenden Buches und bietet uns eine inspirierende Geschichte, die guttut. Zu erwähnen ist auch, dass *Thierry Crouzet* alle seine Rechte an die Stiftung «CleanHandsSaveLives.org» abgetreten hat und dass es eine kostenlose Fassung des Buches im Internet gibt.

## Eine Entwicklung, die erst ein Vierteljahrhundert alt ist

In den neunziger Jahren wird der «Doktor mit den sauberen Händen», wie man ihn auch nennt, Spezialist für ansteckende Krankheiten am HUG und bekämpft die Krankheiten, mit denen sich Patienten in medizinischen Einrichtungen anstecken, also die Krankheiten, die mit der medizinischen Behandlung in Verbindung stehen. Die Fragestellung *Pasteurs* hat er zu der seinen gemacht: «Statt sich damit zu beschäftigen, wie man die Mikroben in den Wunden abtötet, sollte man sie vernünftigerweise erst gar nicht in die Wunde hineinbringen.» Dieses mühsame Unterfangen führte schliesslich zu einer Formel für ein Desinfektionsmittel, die mit Hilfe eines englischen Pharmazeuten des Krankenhauses, *William Griffith*, entwickelt wurde.

So einfach die Idee ist, so stellt sie doch eine Revolution im Gesundheitssystem dar: Seife, mit der das Pflegepersonal sich immer wieder waschen muss bzw. die in armen Ländern ohne nennenswerte Infrastruktur ohne genügend Wasser verwendet werden muss, wird ersetzt. Jetzt ging es darum, die Desinfektionslösung oder das Desinfektionsgel überall auf der Welt einfach und günstig herstellen zu können. Seit 1905 weiss man, dass Alkohol ein effektives Bakterizid und Viruzid ist, man es aber mit Wasser oder Glycerin vermengen muss, damit es auf der Haut haften kann, um die unerwünschten Keime zu töten.

## Zu überwindende Hürden

Es sollte jedoch kein einfaches Unterfangen werden, die Welt von der Verwendung dieses Produkts zu überzeugen. Professor *Pittet* musste auf der ganzen Welt von Tür zu Tür gehen, um manche Einrichtungen von der Verwendung des Gels anstelle von Seife zu überzeugen und es überall einzuführen. Diese unerwartete Innovation befreit die armen Länder von dem Problem des Wassermangels

und ist als «Geneva Model» bekannt. Auch in den muslimischen Ländern gab es Schwierigkeiten, weil die Flüssigkeit, wie der Name schon sagt, Alkohol enthält. Man musste also die Herstellung ändern, indem man Isopropylalkohol verwendet. In Russland tranken manche Menschen die Lösung, so sah man sich gezwungen, ein Brechmittel zuzusetzen. Um den günstigen Preis zu halten, musste sich Professor *Pittet* mit den Herstellern pharmazeutischer Produkte auseinandersetzen und sie von dem Desinfektionsmittel überzeugen, so wie er auch die grossen Pharmakonzerne davon abhalten musste, sich auf dem Rücken der Kranken zu bereichern!

## Im Dienste der Allgemeinheit

So wie es zur Zeit der Pandemie hilfreich ist, hat die Erfindung und Verbreitung des Desinfektionsgels Millionen von Menschenleben gerettet. Als er es vor 20 Jahren erfunden hat, hätte Professor *Pittet* sich dieses Produkt patentieren lassen sollen, es verkaufen und damit reich werden können. Vor allem zurzeit hätte seine Entdeckung ihn zum Multimilliardär werden lassen. Doch hat er es vorgezogen, sich seine Entdeckung zum Wohle der Menschheit nicht patentieren zu lassen. Er hat das Patent dafür der WHO geschenkt, so dass man das Mittel auf der ganzen Welt zu einem günstigen Preis vor Ort herstellen kann. «Die Hygiene der Hände ist zu einfach und zu wichtig zugleich, um sie patentieren zu lassen», hat er in einer Reportage geäussert, die im französischen Fernsehen (TF1) zu sehen war. Der Infektiologe hat die Reportage im übrigen genutzt, um die massive Verteuerung des Händedesinfektionsmittels in manchen Ländern zu kritisieren. Frankreich hat er dafür gelobt, ein Preislimit für Desinfektionsmittel gesetzt zu haben. «Es kostet 1 Euro; das Produkt plötzlich für 20 Euro zu verkaufen ist respektlos», meinte er scharf.

«Im Gegensatz zu Geld gibt es gegenseitige Hilfe unbegrenzt, sie ist die Währung des Überflusses.» Oder auch: «Wer schenkt, der schenkt, das ist Wirtschaft im Zeichen des Friedens.»

Ein Auszug des Buches bestätigt dies: «Er ist der Engel des Schenkens [...]» Mehr noch als eine Geste für die Gesundheit hat *Didier Pittet* eine neue Höflichkeitsfloskel

und einen neuen Ausdruck des Respekts erfunden. «Ich wasche mir die Hände, um Sie zu schützen», schreibt *Thierry Crouzet*.

Seine Vorgehensweise im Kampf gegen im Krankenhaus erworbene Infektionen – ungefähr 70 000 Menschen sind davon jedes Jahr in der Schweiz betroffen, wovon 2000 sterben – wird am HUG und mit Hilfe der WHO weiterentwickelt. So können jedes Jahr weltweit etwa acht Millionen Menschenleben gerettet werden. Wegen seiner Präventionsarbeit bei Infektionen und für seine Arbeit im Vereinigten Königreich ist er 2007 von Ihrer Majestät Königin *Elisabeth II.* in den Rang eines Kommandeurs des Ordens des Britischen Königreiches erhoben worden. Seit über 400 Jahren hat die britische Krone diese Ehre keinem anderen Schweizer zuteil werden lassen. Doch lässt ihn das nicht hochmütig werden.

In *Petit Lancy* ist *Didier Pittet* für seine zugängliche und wohlwollende Art bekannt. Er, der jahrelang Präsident des Kirchenrats der Gemeinde *Christ-Roi* war, ist ein Kind *Lancys*.

Auch als international anerkannte medizinische Kapazität ist er doch immer noch voller Grosszügigkeit, und sein Ruf reicht weit über die Grenzen der Gemeinde hinaus. Der französische Schriftsteller *Thierry Crouzet* hat sich nicht getäuscht. Er erzählt in seinem Buch wunderbar von dieser allseits begrüßten Initiative, indem er sein Werk dem widmet, der der Menschheit den Schlüssel zu dem Gel an die Hand gegeben hat, das auf der ganzen Welt täglich Millionen von Menschenleben rettet.

Diesem medizinischen Abenteuer des *Didier Pittet* folgen heisst, dass es möglich ist, eine neue Form der Menschlichkeit zu leben, die einen Wechsel vom Raubtierkapitalismus zu einer Wirtschaft für den Frieden verspricht.

<sup>1</sup> Crouzet, Thierry. *Le geste qui sauve, Des millions de vies, peut-être la vôtre, L'Âge d'Homme*, Genf 2014

<sup>2</sup> *Didier Pittet* leitet im HUG Genf die Abteilung für ansteckende Krankheiten, ist Honorarprofessor am Imperial College (London), an der Hong Kong Polytechnic University und an der Medical School of the Fu (Shanghai) sowie Ehrenmitglied der Akademie der Wissenschaften in Russland und der Académie de Chirurgie française.

(Übersetzung *Zeit-Fragen*)



ISBN 978-1-9868-1301-3

## «Aussenpolitisches Programm ...» Fortsetzung von Seite 7

legung droht unsere Glaubwürdigkeit zu beschädigen. Warum also in den Sicherheitsrat? [...] Wegen ein bisschen Prestige? Das ist ein hoher Preis. Die Schweiz dürfte mehr verlieren als gewinnen.»<sup>13</sup>

## Neutralität im Innern:

### «In der Schweizer Bevölkerung ist die Neutralität sehr stark verankert»

Ganz anders als die politische Elite hält die überwiegende Mehrheit der Schweizer Bevölkerung beharrlich an der Neutralität fest. 90 bis 95 Prozent der Befragten sprechen sich in Umfragen jeweils für deren Beibehaltung aus. *Paul Widmer* erklärt dieses Spannungsfeld mit einem Schuss Ironie so: «Zwischen Macht nach aussen und Freiheit nach innen besteht ein Gegensatz. Wo die Bürger in aussenpolitischen Belangen wenig mitzureden haben, können die Verantwortlichen in der Aussenpolitik rasch und souverän handeln. Am besten sind die Autokraten. Wo die Bürger über weitreichende politische Rechte verfügen, ist es umgekehrt. Am schlechtesten sind die direkten Demokratien. Dort will das Volk alles vorgelegt bekommen. Für die meisten Schweizer ist die Ausgangslage klar. Sie wollen umfassende politische Rechte und ein möglichst freiheitliches Staatswesen. Aussenpolitische Grösse ist für sie zweitrangig. Die politischen Eliten dagegen tun sich schwer damit. Immer wieder pröbeln sie, ob man den aussenpolitischen Spielraum nicht auf Kosten der Neutralität erweitern könnte. So wird es auch in Zukunft sein.»<sup>14</sup>

Zum Glück hat in der Schweiz das Volk in der Regel das letzte Wort. Allerdings nicht zur Frage, ob die Schweiz für den Uno-Sicherheitsrat kandidieren will. Mit der Zustimmung zum Uno-Beitritt im Jahr 2002 haben wir die Katze im Sack – einen möglichen Sitz im Sicherheitsrat – miterworben. Wer aus

Gründen der Neutralität damals gegen den Uno-Beitritt gestimmt hat (zum Beispiel die Schreibende) hatte Bundesrat *Joseph Deiss* sehr gut zugehört: «... vielleicht sogar einen Sitz im Sicherheitsrat» wünschte er sich schon damals. Noch können unsere Politiker die Notbremse ziehen. Die Entscheidung der Uno-Generalversammlung wird erst im Juni 2022 gefällt.

<sup>1</sup> Rede von Bundesrat *Ignazio Cassis* anlässlich des 75jährigen Bestehens der Charta der Vereinten Nationen vom 26.6.2020 in Genf

<sup>2</sup> Köchler, Hans. *Schweizer Vorträge – Texte zu Völkerrecht und Weltordnung*. Verlag *Zeit-Fragen* 2019. ISBN 978-3-909234-23-3

<sup>3</sup> Volksabstimmung vom 16. März 1986. Erläuterungen des Bundesrates, S. 4

<sup>4</sup> Rede von Bundesrat *Ignazio Cassis* anlässlich des 75jährigen Bestehens der Charta der Vereinten Nationen vom 26.6.2020 in Genf

<sup>5</sup> *Gsteiger, Fredy*. «Umstrittene Kandidatur. Die Schweiz als Brückenbauerin im Uno-Sicherheitsrat?»; in: *Radio SRF. Echo der Zeit* vom 24.4.2019

<sup>6</sup> «Die Kandidatur der Schweiz für einen nichtständigen Sitz im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen in der Periode 2023-2024». Bericht des Bundesrates vom 5. Juni 2015 (in Erfüllung des Postulats der Aussenpolitischen Kommission des Nationalrats (APK-N) 13.3005 vom 15.1.2013), S. 19

<sup>7</sup> Motion 18.4123 «Verzicht auf eine Kandidatur für den Uno-Sicherheitsrat», eingereicht von der Fraktion der Schweizerischen Volkspartei am 29.11.2018 im Nationalrat

<sup>8</sup> «In puncto ... Uno Sicherheitsrat.» Medienmitteilung der CVP vom 10.08.2018. Autor: Gerhard Pfister, Zug, Parteipräsident CVP Schweiz, Nationalrat

<sup>9</sup> *Widmer, Paul*. «Lassen wir Malta doch den Vortritt im Sicherheitsrat!»; in: *NZZ am Sonntag* vom 16.9.2018

<sup>10</sup> Dr. phil. *Paul Widmer* hat Geschichte, Philosophie und Politische Wissenschaft studiert. Er war langjähriger Schweizer Botschafter und lehrt an der Universität St. Gallen internationale Beziehungen. *Paul Widmer* ist Autor von «Schweizer Aussen-

politik und Diplomatie», NZZ-Verlag 2014 (Neuaufgabe), das *Zeit-Fragen* am 30.7.2019 in Nr. 17 unter dem Titel «Neutralität als Richtschnur, direkte Demokratie als Basis» rezensiert hat.

<sup>11</sup> *Widmer, Paul*. «Die Schweiz gehört nicht in den Uno-Sicherheitsrat». Gastkommentar; in: *Neue Zürcher Zeitung* vom 1.7.2015

<sup>12</sup> *Widmer, Paul*. «Auf geht es, in den Sicherheitsrat der Uno!»; in: *NZZ am Sonntag* vom 3.4.2016

<sup>13</sup> *Paul Widmer*. «Die Schweiz gehört nicht in den Uno-Sicherheitsrat». Gastkommentar; in: *Neue Zürcher Zeitung* vom 1.7.2015

<sup>14</sup> *Widmer, Paul*. «Auf geht es, in den Sicherheitsrat der Uno!»; in: *NZZ am Sonntag* vom 3.4.2016

## Hazel Prior: Die Saiten des Lebens



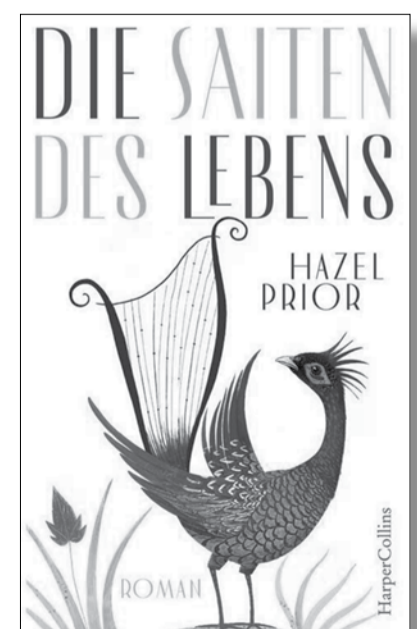
dk. Die Geschichte wird aus der Sicht von zwei Personen, dem Harfenbauer *Dan* und der leidenschaftlichen Spaziergängerin *Ellie*, erzählt. Bei ihren Streifzügen durch Exmoor – einer Heide-

landschaft in Somerset und Devon – entdeckt *Ellie* zufällig die Scheune, in der *Dan* Harfen baut. Jedes einzelne Stück, das er herstellt, ist ein Unikat. *Ellie* ist so begeistert von den Instrumenten, dass *Dan* ihr spontan eine Harfe schenkt. Sie will das Geschenk zunächst nicht annehmen. Aber geschenkt ist geschenkt. *Dan* schlägt ihr einen Kompromiss vor: Sie kann die Harfe bei ihm unterstellen und lernt, darauf zu spielen. Diesen Vorschlag nimmt *Ellie* an und kommt nun jeden Tag zum Harfespielen in *Dans* Scheune.

Bei einer Fasanenjagd wird *Dan* angeschossen und verletzt. *Ellie* anbietet sich nun, täglich seinen Verband zu wechseln, wie dies vom Arzt vorgeschrieben wurde. Mit der Zeit nimmt *Ellie* Harfenunterricht bei *Dans* Freundin *Rhoda*. Sie entdeckt, dass *Rhoda* und *Dan* einen gemeinsamen Sohn haben, von dem *Dan* nichts weiss. Nachdem *Ellie* *Dan* darüber informiert hat, rächt sich *Rhoda* an *Ellie*, indem sie deren Ehemann *Clive* mitteilt, dass seine Frau jeden Tag zu *Dan* zum Harfespielen fährt. *Clive* spricht daraufhin nicht mehr mit *Ellie* und versöhnt sich auch nicht mit ihr. Unversehens nimmt die Geschichte einen dramatischen Verlauf, der das Leben der beteiligten Personen durcheinanderwirbelt. Am Ende jedoch wendet sich

alles zum Guten. *Hazel Prior* erzählt spannend und abwechslungsreich, und die differenzierte Darstellung der Hauptfiguren tut ihr übriges, um den Leser zu fesseln. Ein gelungener Roman, der sich bestens für eine entspannte Sommerlektüre eignet.

*Hazel Prior* wurde in Oxford geboren und lebt in Exmoor. Sie ist selbst Harfenistin und spielt regelmässig auf Festivals. Sie hat zahlreiche Kurzgeschichten geschrieben, und «Die Saiten des Lebens» ist ihr erster Roman. Ihr zweiter Roman «Away with the Penguins» ist leider noch nicht auf Deutsch erschienen.



ISBN 978-3-95967-342-6